

Die „Volkswacht“
erschien wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition des „Volkswacht“ 218,
aus dem Reichsdruckwerkstatt zu beziehen.
Preis monatlich 2 M. 50.
pro Stück 20 Pf.
Durch die Post bezogen 2 M. 50.
für ein Jahr 27 M. 50.
für ein Vierteljahr 7 M. 50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Expedition des „Volkswacht“
besteht für die nächsten
Kolonial- oder Fernreisen
25 Pfennige.
für Arbeitsmarkt, Wetter- und
Veränderungs-Anzeigen
15 Pfennige.
Kundensache 25 Pf.
Für den Fall die nächste Nummer
müssen bis Sonntag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 288.

Freitag, den 10. Dezember 1909.

20. Jahrgang.

Die Macht der Zahl.

Die bedeutenden Wahlerfolge, die die Sozialdemokratie in den letzten Monaten überall erzielt hat, sind am argsten den preussischen Konservativen in die Glieder gefahren. Obwohl es erklärterweise keine bürgerliche Schicht, die der Arbeiterschaft ihre Erfolge nicht mehr oder weniger mißgönnte; aber für die Interessenten des Großgrundbesitzes war der neuerlich besonders zutage getretene Fortschritt des sozialpolitischen Gedankens das Signal, mit um so größerer Inbrunst die Dreiklassenmacherei zu verteidigen und das vom preussischen König vor Jahresfrist gegebene Versprechen einer Wahlreform ein über das andere Mal in Grund und Boden zu verwünschen. Bei der Macht, die die Konservativen in Preußen ausüben, ist die Beschränkung erklärlich, daß die „kleine aber mächtige Partei“, wie früher so oft, so auch in der gegenwärtigen Laufbahn die Oberhand behalten werde. Die grundsätzlichen Feinde einer mit der Würde des Volkes zu vereinbarenden Wahlreform bezüglich, von dem fossilen Gebilde des Herrenhauses garnicht zu reden, im Abgeordnetenhaus eine erdrückende Mehrheit; und wenn daher die im Grunde des Herzens ebenfalls wahlrechtsfeindliche Regierung sich kostenlos populär machen wollte, so könnte sie getrost die radikalste Reformvorlage einbringen und dabei der sichereren Zuvorsicht leben, daß der Landtag das Rechte treffen, nämlich alles beim alten lassen werde.

Dennoch steht die scheinbar so festgefügte Macht der preussischen Konservativen gar arg auf tönernen Füßen. Der lombische Kapuzinerpater der Wahlrechtsgegner, Herr Dertel, hat Ende Oktober unbenutzt in der „Deutschen Tageszeitung“ den Kern getroffen, als er über die „brutale Macht der Zahl“ jammerte. Hier ist die Stelle, wo die Volksfeinde sterblich sind. Sie konnten in früheren Geschichtsperioden über die Freunde des Fortschritts und der Freiheit triumphieren, sie konnten dem Jahre 1848 die Jahre des weißen Schreckens, und der scheinliberalen Vera der siebziger Jahre die Zeiten brutalen Rückschritts entgegensetzen. Dies alles vermochten sie, weil die Mehrheit der Bevölkerung zwar nicht hinter, aber unter ihnen stand, weil sie sich auf eine politisch indifferente Masse ländlicher Hüriger stützen konnten, die sich blindlings von ihnen führen und nachführen ließ. Es muß daran erinnert werden, daß um die Mitte des vorigen Jahrhunderts noch etwa zwei Drittel der Bevölkerung Deutschlands der Landwirtschaft angehörten. Nach 1870 war ihr immer noch mehr als die Hälfte zugezogen. Dann folgte mit der Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat eine ständige Abnahme der ländlichen Berufszugehörigen derart, daß diese bei den Berufszählungen von 1882 noch 42,5 Prozent, von 1895 noch 35,8 Prozent, von 1907 aber nur noch 23,6 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten. In einem halben Jahrhundert hat mithin der Teil der Bevölkerung, der eine Regierung nach konservativen Grundzügen widerspruchlos zuläßt, seine Bedeutung völlig gewechselt. Von zwei Drittel auf ein Drittel der Gesamtbevölkerung zusammengeschrumpft, hört er mehr und mehr auf, den Feinden des wirtschaftlichen und politischen Fortschritts als Stütze zu dienen.

Nicht deutlich genug kann auf das Gegenstück dieser Erscheinung hingewiesen werden. Im Jahre 1871 zählte das Deutsche Reich erst 41 Millionen Einwohner, 1907 hingegen um die Hälfte mehr, nämlich 61 1/2 Millionen. Während aber die ackerbauenden Distrikte des Ostens von der Volkszählung des Jahres 1871 bis zu der letzten von 1907 nur eine verhältnismäßig geringe Bevölkerungszunahme aufwiesen, vermehrte sich die Bevölkerung der Großstädte und der westlichen Industriebezirke ganz enorm. Ostpreußen nahm in den erwähnten 34 Jahren um 11,4 Prozent, Pommern um 17,7 Prozent, Mecklenburg-Schwerin um 12 Prozent und Mecklenburg-Strelitz gar nur um 3,7 Prozent an Einwohnerzahl zu. Das ist ganz bedeutend unter dem Durchschnitt, der sich für die preussische Gesamtmonarchie auf 51,1 Prozent, für das Deutsche Reich auf 47,7 Prozent stellt.

Betrachten wir jetzt die Großstädte und die Industriebezirke, so finden wir, daß von 1871 bis 1905 die Bevölkerung Hamburgs sich um 158,1 Prozent, die von Berlin sich um 146,9 Prozent vermehrt hat. Aber viel charakteristischer noch ist es, daß das ehemalige Bauernland Westfalen in den 34 Jahren der Entwicklung zur Industriebezirke seine Einwohnerzahl um 103,8 Prozent vergrößert hat. Die Rheinprovinz folgt mit 79,8 Prozent, das Königreich Sachsen mit 76,4 Prozent, die Provinz Brandenburg mit 63,4 Prozent. Man darf bei der Betrachtung dieser Zahlen nicht vergessen, daß die Bevölkerungszunahme nicht so sehr auf dem Geburtenüberschuß, als auf Zuwanderung basiert. In früheren Zeiten, als Deutschland noch nicht so viel Einwohner hatte wie heute, wanderte ein großer Teil der Bevölkerung nach Amerika aus, weil das Vaterland ihm keine Ernährungsmöglichkeit bot. Die Zahl der Auswanderer stellte sich 1872 auf 123.000 und 1882 gar auf 223.000, 1908 hingegen verließen trotz der wirtschaftlichen Krise nur 19.883 Personen ihre deutsche Heimat. Die Hunderttausende, die einst über das große Wasser gegangen sind, werden jetzt von dem industriellen Meere auf-

genommen, wo sie dank dem Einfluß der modernen Arbeiterbewegung das Untertänigkeitsgefühl von ehedem abstreifen, ihren Gesichtskreis erweitern und zu politischen Lebewesen werden. Die Entwicklung der Industrie bringt dann besonders die Zunahme der Arbeiterbevölkerung im ganzen mit sich. Diese machte im Jahre 1882 erst 54 Prozent, 1907 hingegen schon 64 Prozent der gesamten Einwohnerzahl Deutschlands aus. Hand in Hand mit der Ausbildung der Arbeiterklasse zu der wichtigsten und überdies am meisten vom politischen Willensstreben getragenen Bevölkerungsschicht geht die bekannte Kapitalkonzentration, die Abnahme der selbständigen Unternehmer, die nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft deutlich zutage tritt.

In den Ziffern der letzten Volks- und Berufszählungen ist also die politische Sterberunde des Ostbürtigen enthalten. Kein aufwärts strebendes, auf Selbstbewußtsein haltendes Volk läßt es sich auf die Dauer gefallen, daß eine rückwärtige, einem brutalen Egoismus fröhennde Bevölkerungsschicht auch dann noch das Regiment führt, wenn diese Schicht von ihren Hinterlassen verlassen wird. Bei Strafe des Unterganges ist nicht nur das preussische, sondern das gesamte deutsche Volk verpflichtet, sich von dem Abdruck der Junkerherrschaft zu erlösen, indem es Preußen zunächst durch Schaffung eines den Grundzügen der Verfassung entsprechenden Wahlrechts aus dem unwürdigen Zustand von heute heraushebt. Nicht nur der liebe Gott des alten Freiken, sondern auch der politische Fortschritt ist immer bei den stärkeren Regimentern. Diese werden auch in dem Kampfe gegen die junkerliche Fremdherrschaft mit der wünschenswerten Energie der „brutalen Macht der Zahl“ zum Siege verhelfen.

Politische Ueberflucht.

Im Reichstage waren bis Mittwoch Vormittag 85 Initiativanträge von den Parteien eingebracht worden, und zwar 24 von den Sozialdemokraten, 21 von den Freikinnern, 13 von den Nationalliberalen, 11 von den Konservativen, 8 vom Zentrum, 5 von der Wirtschaftlichen Vereinigung, 3 von den Christen. Heute Donnerstag läuft die Frist für die Einbringung von Anträgen ab, die mit Vortrang zu beraten sind.

Soll es endlich losgehen? Ueber den Stand der preussischen Wahlrechtsfrage weiß der „Berl. B.-Cour.“ folgendes zu berichten:

Zur Modernisierung des preussischen Wahlrechts sind an die unteren Instanzen eine Reihe von Fragebögen versandt worden, die inzwischen zurückgelassen und beantwortet worden sind. So kann sich das Ministerium noch im Laufe des Dezembers mit der Materie befassen, und es ist bestimmt zu erwarten, daß vielleicht noch vor, zu mindestens aber gleichmäßig mit dem Jahresantritt des preussischen Landtages — Mitte Januar — das Ergebnis der Vorarbeiten der Deffentlichkeit mitgeteilt werden kann.

Zu welchen politischen Vorschlägen sich diese Arbeiten beziehen werden, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen. Allerdings scheint es der Regierung zweifelhaft, ob gerade das politische Wahlrecht zur Nachahmung reizt, denn auch ein Pluralwahlrecht bleibt, mag es auch noch so sehr abgestuft sein, immer etwas Rohes, Ungefälliges, dessen einzelne Unterabteilungen viel zu oft von Zufälligkeiten und Unklarheiten abhängen, als daß dadurch eine Gewähr gegeben werden könnte, daß gerade der politisch vorgebildetere Wähler einen stärkeren Einfluß erhält. Auch eine Entscheidung darüber, ob öffentliche oder geheime Wahl, sei noch nicht getroffen. Für ausgeschlossen könnte man es halten, daß der in jüngster Zeit von konservativer Seite gemachte Vorschlag zur Durchführung kommen könnte, in der Stadt geheime und auf dem Lande öffentliche Wahlen einzuführen. Wahrscheinlich werde die Lösung dieser Frage dem Abgeordnetenhaus vorbehalten bleiben.

Daher uns mit dem Rüststrang des „gebildeten Wählers“ im Augenblicke beschäftigen zu wollen, ist es doch für die preussische Wählerschaft wichtig, zu erfahren, daß der Stein ins Rollen kommt. Es ist jetzt unsere Sache, dafür zu sorgen, daß er nicht mehr hängen bleibt und weit genug kommt.

Die Nachricht, daß eine Wahlrechtsvorlage in Preußen für den April des kommenden Jahres in Aussicht genommen sei, wird von der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ in lebhafter Weise bestritten. In der Darstellung des reaktionären Blattes klingt ein drohender Ton durch, und der Sinn der ganzen Entgegnung ist: Es ist nicht wohl — aber es darf nicht sein. Die Lösung der Konservativen ist nun einmal: „So spät wie möglich, so wenig wie möglich, und am liebsten gar nicht.“

Im Gegensatz dazu bringt die „Nationalzeitung“ eine scheinbar inspirierte Mitteilung, wonach wenigstens die „Vorarbeiten“ für die Reform nun auf einmal nahezu fertig sein sollen. Noch im Dezember werde sich die Regierung mit der Materie befassen, und Mitte Januar werde das Ergebnis der Vorarbeiten veröffentlicht werden.

Nach den Andeutungen der „Nationalzeitung“ will Herr von Bethmann nicht das Pluralwahlrecht einführen, das sich in Sachsen, wo es den Liberalen die ausschlaggebende Stellung verschafft, im Sinne der Junker „nicht beharrt“, hat, sondern das ganze soll auf eine Fikararbeit am Dreiklassenwahlrecht hinauslaufen, wobei die zweite Klasse dem Mittelstand erhalten bleiben soll.

Es ist fraglich, ob sich das preussische Volk zufrieden geben wird, wenn sich die Regierung darauf beschränkt, so zu tun, als ob etwas getan würde!

Nichts als Juden! Die Wahlrechtsumgebung der Intellektuellen ist den Junkern herzlich unangenehm. Sie suchen sich mit ihr daher in der ihnen eigentümlichen Weise abzufinden. So macht sich die „Deutsche Tageszeitung“ das Vergnügen, aus der ein halbes Tausend Unterchristen umfassenden Liste ein paar stark jüdisch klingende Namen herauszusuchen, „damit die Leser die Bedeutung des Aufrufes selbst einschätzen“ — wobei ihr freilich das Pech widerfährt, Gelehrte von Weltruf, die man in der Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ freilich nicht zu kennen braucht, wegen ihres Namens dem blöden Geächter des unwissenden Junkerpöbels auszuliefern. Besonders der Name Cohen hat es Herrn Dertel angetan. Gemeint ist der berühmte Nachfolger L. A. Lange's auf dem Marburger Lehrstuhl der Philosophie, Hermann Cohen, wahrscheinlich der bedeutendste Gelehrte, der heute von einem deutschen Katheder Philosophie doziert. Daß Herr Dertel just diesen Cohen nennt, damit seine Leser „die Bedeutung des Aufrufes selbst einschätzen“, sichert ihm einen Platz in der deutschen Ruhmeshalle gleich neben seinem antisemitischen Kollegen Bielowawer, dem berühmten Vertreter des dummen Kerls von Wien. Diesem Herrn gelang es nämlich, sich dadurch unsterblich zu machen, daß er einer Verurteilung auf die Werke von Karl Marx mit folgendem Einwand begehrte: „Schon wieder a Jud! Dös hab' i g'riessen! Immer diese dummen Theorien! Die schreibt eh nur a Jud vom andern ab!“

Die geprellten Liberalen. Das Zentrum hat einen Antrag auf Einführung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers eingebracht. Die „Nationalzeitung“ leistet sich dazu folgendes nette Eingeständnis:

„Unst läsen wir in einem Zentrumsblatt eine böhnische Bemerkung darüber, daß die Liberalen nach dieser Richtung nichts Politisches anzuhängen hätten. Wie lag aber doch die Sache in Wirklichkeit? Das Zentrum vertritt da als jedes Merkmal, indem es überall radikalere Anträge stellt, als die Liberalen. Diese nahmen Rücksicht auf die konservativen Blödsinnigen und mühten sich vorzugeben, sie zu annahmbaren Zugeständnissen zu bewegen. Jetzt fällt natürlich solche Rücksicht fort — für die Liberalen.“

Darin liegt zunächst das Zugeständnis, daß die Nationalliberalen in der Blütezeit des Blocks in der Tat die Schleppenträger der Konservativen gewesen sind.

Agrarische Unberührenheit. Die Konservativen haben im Reichstag einen Antrag zur Gewerbeordnung eingebracht, der den Arbeiterschutzes in den Betrieben, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiten, wieder aufhebt. Sie beantragen

- zu § 137:
1. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Molkereien usw. ist während der ganzen Jahres nur für die Zeit von 10 Uhr Abends bis 3 1/2 Uhr Morgens auszuwählen;
 2. bei Beschäftigung von Arbeiterinnen in diesen Betrieben in zwei Arbeitsschichten braucht von der einschlägigen Arbeitspause nur eine halbe Stunde im Zusammenhang gewährt zu werden;
- zu § 139:
- In Metzereien usw. darf die ununterbrochene Ruhezeit während des ganzen Jahres auf sieben Stunden herabgesetzt werden.

Um die ganze Unverschämtheit dieses Antrages zu verstehen, muß man wissen, daß hier die Abänderung eines Gesetzes verlangt wird, das erst am 1. Januar 1910 in Kraft treten soll, wo also noch keinerlei Erfahrungen bei der Durchführung gemacht werden konnten. Es kann auch nicht ein einziger neuer Grund für die Abänderung ins Feld geführt werden, der nicht auch schon bei der Verabschiedung der Gewerbeordnungsnovelle im Frühjahr d. J. vorgezogen hätte. Weil die Großagrarier sich durch die Beschränkung in der Ausbeutung ihrer Söhnhäuser beneidlich fühlen, deshalb soll der Gesetzgeber zu ihren Gunsten eine Ausnahme stipulieren. Daß die Beschränkung der Frauenarbeit, wie sie die neue Gewerbeordnungsnovelle vorschreibt, auf internationalen Abmachungen beruht, kümmert die um Reichthofen-Damsdorf und v. Döbenburg-Jaunischau nicht das geringste. Ueber solche Kleinigkeiten setzen sie sich hinweg, sobald ihr Profit bedroht ist.

Eine gefährliche Farbe. Im gemüthlichen Wiesbaden finden Stadtverordnetenwahlen statt, bei denen zwei sozialdemokratische Kandidaten zwei bürgerlichen gegenüberstehen, die von einem aus Freikinnigen, Nationalliberalen, Liberalen, Konservativen, Christlich-Sozialen und Antisemiten bestehenden Parteigemeinschaft unterstützt werden. Dieser kuriose politische Wirteimschmaß hat folgenden unfreiwillig-humoristischen Wahlaufzug erlassen:

„Die sozialdemokratische Partei fraternisiert mit den Revolutionären der ganzen Welt! Rot ist das Blut der durch die Revolutionäre gemordeten Dyer. Rot ist die Flamme, in der Kirchen, Schulen, öffentliche Gebäude und Krankenhäuser aufgehen! Wirtigrot ist die Morgenröthe des Sozialismus, der nur durch Vernichtung aller christlichen Kultur, durch Erdröthe von Blut eingeleitet werden kann!“

Die Verfasser der Wahlaufzüge hätten noch hinzusetzen sollen: „Und rot ist die Farbe der bekanntlich Dänen während und koptischen macht!“

Friedrich Krupp könnte eine sehr interessante wirtschafts-
politische Abhandlung darstellen, wenn die Kruppwerke es
nicht vorzögen würden, in ihrem Jahresbericht gar nichts
zu sagen. Die Bilanz weist nach Abschreibungen auf Im-
mobilien von rund 17 Millionen gegen 16,5 Millionen im
Vorjahr einen Betriebsüberschuss von 27.375.170 Mark
gegen 28.372.677 Mark im Vorjahr für sämtliche Werke
aus. Nach Abzug der Gesamtkosten von 13,94 Millionen
(im Vorjahr 12,08 Millionen) ergibt sich ein Reingewinn
von 15.607.624 Mark gegen 18.488.170 Mark. Hieraus
werden 5 Prozent der gesetzlichen Rücklage und 1 Million
der Sonderrücklage übernommen, sodann wird die Abfindung,
wie im Vorjahre, auf 8 Prozent festgesetzt. Der zur Ge-
winnigen Bekanntheit Arbeiterleistung der Firma Krupp werden
600.000 Mark zugeführt. Ueber die Rentabilität der
Kruppschen Unternehmungen geben die veröffentlichten
Ziffern durchaus keinen Aufschluß, es zeigt sich hier mit
aller Deutlichkeit der schlimme Mangel unserer gesetzlichen
Bestimmungen über die Aktiengesellschaften, denn bei der
gewaltigen Bedeutung, die die Kruppwerke für das
ganze Wirtschaftsleben haben, ist eine zuverlässige Kon-
trolle ihrer Geschäftstätigkeit und ihrer wirklichen Erge-
bnisse eine wirtschaftliche und politische Notwendigkeit.
Schon bei der Erlösung der Aktiengesellschaft Krupp ver-
lautete in Fachkreisen, daß die Familie Krupp und ihre
Direktoren alle Maßnahmen getroffen haben, um die Ge-
winne möglichst niedrig erscheinen zu lassen. Die Lantleue
der Aufsichtsräte läßt sich auf etwa 210.000 Mark er-
rechnen, die sich auf 5 Aufsichtsratsmitglieder verteilen
wird. Es gehören zum Aufsichtsrat Krupp von Dohlen
und Galtbach, der den Vorsitz hat, Geheimrat Hartmann-
Dresden, Geheimrat von Simson-Berlin, Rudolph Teschke-
Berlin und Admiral Graf-Berlin.

Verdächtige Freunde der Industrie. Die Kon-
servativen haben im Reichstag einen Antrag eingebracht,
in dem verlangt wird, die Renierung möge auf Maßregeln
zum Schutze unserer Exportindustrie bedacht sein gegenüber
Amerika, das seine Zölle wesentlich erhöht habe. Dieser
Antrag ist lediglich ein agrarischer Schachzug, durch den die
Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und den
Vereinigten Staaten erschwert werden sollen. Um das Wohl
der deutschen Exportindustrie scheren sich die Agrarier den
Teufel. Aber sie fürchten mit Recht, daß beim Abschlusse
eines Handelsvertrages mit Amerika das Reich Konzessionen
auf dem Gebiete der Fleischzufuhr machen muß. Deshalb
plötzlich diese brünstige Liebe der Konservativen für die
deutsche Exportindustrie, die durch die Wucherzölle enorm
geschädigt worden ist. Den Schutz der Exportindustrie
nennen sie und den eigenen Selbstbeutel meinen sie!

Zur Herstellung der Gerechtigkeit. Der Direktor der
Königsberger Universität, Professor Sander, verbietet den
Vorlesungen des sozialdemokratischen früheren Reichstagsabgeordneten
Dass vor der freien Studentenschaft, und erteilt dem Präsidium
befehlen wegen des Verhaltens im Falle Gyllina einen Verweis.
Wir müßten es als im voraus, wie weit das gleiche Recht in
der deutschen Hochschule geht.

Kommunaler Wahlschraub in Schleswig-Holstein.
Die Wahl von weiteren zwei sozialdemokratischen Stadtverordneten
in Isehor — zwei haben schon im Stadtparlament — hat den
Magistrat und die bürgerlichen Stadtverordneten so in Angst versetzt,
daß sie eine Erhöhung des Wahlzensus um nicht weniger als 600 Mk.
beschlossen haben. Bisher war wahlberechtigt, wer mindestens zu
einem Einkommen von über 900 bis 1050 Mk. eingeklärt war;
legt soll ein Einkommen von über 1350 bis 1500 Mark erforder-
lich sein.

Die Zensuserhöhung wurde vom Magistrat einstimmig, von den
Stadtverordneten gegen zwei freisinnige und die beiden sozialdemo-
kratischen Stimmen beschlossen.
Die Folge des Beschlusses wird sein, daß die beiden schon
amtierenden und der eine der beiden neu gewählten Sozialdemokraten
das Mandat verlieren. Die Ausschüssebehörde wird dem Beschlusse
gegenüber zu stehen.

Auch in Osterfeld wurde der Zensus vor einigen Wochen
um 600 Mk. erhöht, trotzdem dort noch kein Sozialdemokrat gewählt

ist. In den letzten Jahren genügt schon, das Bürgeramt in
Anzahl zu verkleinern.
Ein Verstoß gegen die Neutralität. Als Resultat der Kom-
promißänderungen, die im hessischen Landparlament einge-
bracht wurden, ergab sich folgendes: Da der Kaiser nun erklärt
hat, daß er die Wahlrechtsvorlage in der Fassung des § 3 scheitern
lassen werde (Verneinung der Mandate) falls nicht als Kompens-
ation der Antrag Weber auf Einführung des Wahlrechts
angenommen würde, haben sich die Nationalliberalen und
das Zentrum bereit erklärt, obwohl Zweifel gegen das
Wahlrecht bestehen, dafür zu stimmen unter der Voraus-
setzung, daß die Kaiserin für die Verneinung der hessischen
Mandate stimmen; andererseits aber haben die Pauerländer und
die Nationalliberalen ihre Bereitwilligkeit erklärt, für den An-
trag D'au zu stimmen, der eine Verabredung der Staatsangehörig-
keit von 3 auf 1 Jahr enthält. Von den Sozialdemokraten
und Freikämpfern wird ein Antrag gestellt werden an Stelle
der Verneinung die Totalempfehlung zunächst für drei
Jahre, für fünf oder sechs Jahre zu übernehmen. Hierüber wird
in der nächsten Session die Entscheidung fallen.

Ueber die Einführung von Schiffsabgaben haben
die Regierungen von Sachsen und Bayern, die bekanntlich beide von
der Einführung von Schiffsabgaben nichts wissen wollen, eine
Denkschrift abgibt, die am Mittwoch von dem „Dresd. Jour.“
veröffentlicht wird. Die Denkschrift schließt mit den Worten:
Die Regierungen von Sachsen und Bayern glauben da-gegen zu
haben, mit wie liberalem weitestgehendem Verständnis den be-
treffenden Folgen wirtschaftlicher, politischer und verfassungsrecht-
licher Art die von der königlich preussischen Regierung ertrachte Ein-
führung von Schiffsabgaben auf den rezentierten Seebahn ver-
boten sein würde. Sie lehnen sich der ersten Sorge nicht an, we-
gen der Bestimmungen der Vorlage werde die Reichs-Deutsche wirt-
schaftlich schädigen, den liberalen Charakter des Reiches antasten,
die Einheit unter den deutschen Bundesstaaten
stören und das Vertrauen in die Landesregierung der
Verfassung erschüttern werden. Sie gehen sich der Hoff-
nung hin, daß es gelingen möge, die Abgabeneinheit der deutschen
Ströme, dieses Wahrzeichen der deutschen Einheit, dieses Bollwerk
des guten Einvernehmens zwischen den deutschen Bundesstaaten, zu
schützen und zu erhalten.

**Gegen die Einführung einer kommunalen Arbeits-
losenversicherung** in Augsburg hat sich die dortige Hand-
elkammer ausgesprochen. Der Augsburger Magistrat erwägt das
einzelne Gesetz und das Gesetz über die Gewerbesteuer für
die Arbeiterlosenversicherung. Der Syndikus der Handelskammer als Re-
sultat bezeichnet das erwähnte Gesetz als unklar. Das
modifizierte Gesetz aber sei zu bekämpfen, weil es nur die
Verpflichtung der Arbeitgeber und zwar vornehmlich der freien
Gewerkschaften fordere. — Der Syndikus bemerkte weiter, die Ar-
beitslosenversicherung müsse auf anderen Geiseln ruhen: in der
Aberkennung industrieller und gewerblicher Tätigkeit, Schaffung von Ar-
beitsgelegenheit und in der Verbilligung von Arbeitskräften,
deren eine Form gegeben werden sollte, die die Arbeiter auf diesen
Arbeitsstellen weniger einwirkend erscheinen ließe. Die Handelskammer
beschloß, den Magistrat zu ersuchen, von der Einführung einer ge-
meinschaftlichen Arbeitslosenversicherung Abstand zu nehmen. — Auch in
München wollen übrigens die gewerblichen Kreise nicht unglücklich
an die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung herantreten, weil sie
fürchten, daß dadurch die freien Gewerkschaften geschädigt werden.

Arbeitslosenversicherung und deutsche Städte. Eine
Reihe von Stadtverordneten in Frankfurt a. M. richtete an den
Magistrat das Ersuchen, zu veranlassen, daß die Frage der Arbeits-
losenversicherung auf die Tagesordnung der nächsten deutschen
Städteversammlung gestellt werde.

Gegen die Einschränkung der religiösen Freiheit wendet
sich ein Antrag, den die Zentrumspartei im Reichstage ein-
gebracht hat und der den Reichstagsrat ersucht, durch Verhandlungen
mit den Bundesstaaten dahin zu wirken, daß Beschränkungen der
religiösen Freiheit, soweit solche bestehen, auf dem Wege der Gesetz-
gebung beseitigt werden.

Beirat für Post- und Telegraphenangelegenheiten.
Die Zustände, die sich unter der gemalten Leitung des Saatzsekretärs
Kraetz bei der Reichspost herausgewickelt haben, sind derart,
daß selbst die Nationalliberalen, die sonst höheren Stellen gegenüber
in Demut fast zu erliegen bereit sind, sich zur Forderung der Ab-
hilfe ausgesprochen haben. Sie brachten im Reichstag einen An-
trag ein, in dem der Reichstagsrat ersucht wird, darauf hinzuwirken,
daß ein Vertreter des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft
und des Handwerks ein „ständisches Beirat für Post- und Tele-
graphenangelegenheiten“ zur sofortigen Errichtung der bestehenden
und zur Mitarbeit an neu zu schaffenden Einrichtungen des Post-
und Telegraphenverkehrs ins Leben gerufen werde, der nach Be-
stimmung, mindestens aber zweimal im Jahre, im Reichspostamt zusamen-
zutreten hat.

Die Nationalliberalen hoffen also damit Abhilfe, daß sie den
Herrn Kraetz gewissermaßen unter Aufsicht stellen. Herr Kraetz
hat bisher bewiesen, daß er mit einer erstaunlichen Fähigkeit allen
Vorstellungen, die auf eine Besserung unseres Postwesens hinauslaufen,
Widerstand zu leisten vermag.

am 12. Juli. Also noch nicht vor Tagesanbruch, auslände gekommen
In sich ist es durchaus üblich, denn es bezweckt, den Kreis
teilnehmern unter gewissen Voraussetzungen Beförderer
hellen zu gewährleisten. Aber was geschah? Da die Reichstags-
abgeordneten schon auf dem Sprünge standen, nach Hause
in die Sommerfrische zu fahren, und da über die Tendenz
Weber keine Meinungsverschiedenheit bestand, so wurden
Parlament über die Materie nur zwei Neben gehalten.
Der Reichstagspräsident empfahl einstimmige Annahme der Vor-
schlagskammer und der Präsident sagte:
Ich rufe auf: § 1, § 2, § 3, § 4, § 5, § 6, § 7,
§ 8, § 9, § 10. — Das Gesetz ist einstimmig angenommen
dem Volk. Ergräber gleichfalls zur Annahme empfohlene von
dem Hause auch einstimmig angenommen § 10 folgenden Wor-
laut:

„Das Gesetz tritt am... in Kraft.“
Diese inoffizielle Bestimmung ergab weder bei den Reichs-
tagsabgeordneten noch bei den anwesenden Bundesratsvertretern
am 12. Juli irgendeine Bedenken. Auch später hat minde-
stens ein Teil der Abgeordneten nicht gemerkt, was für ein ge-
heimnisvoller Beschluß gefaßt worden war. Denn noch
einigen Tagen haben sich die Konservativen gemeldet, eine In-
terpellation einzubringen, in der die Anfrage gestellt wurde,
warum der Bundesrat das Gesetz immer noch nicht genehmigt
habe. Wir teilen gestern schon mit, daß die konservativen
Interpellanten sehr auf ihren Irrtum aufmerksam ge-
macht worden sind und die Interpellation zurückgezogen haben.
Es wird nun wohl nichts weiter übrig bleiben, als durch ein
Novelle zu dem Veranlassungsgesetz die Bedeutung der schlechtesten
Punkte aufzuklären.

Die „Konservative Vereinigung“ hat sich in einer Ver-
sammlung zu Berlin am Dienstag erhaltene Konfliktiert. Nach ihrer
Satzungen brachten sie sich als eine „Organisation innerlich die
deutsche konservativen Partei“. Sie will „nicht nur möglichst viele
neue Mitglieder der Partei zuführen, sondern namentlich die zahl-
reiche Abwanderer, die trotz ihrer konservativen Grundanschauung
und Gesinnung aus Unzufriedenheit mit dem Verhalten der Partei-
leitung, in besondere auch bei der Reichstagsreform, entweder schon
aus der Partei ausgetreten sind oder es zu tun beabsichtigen, ab-
zuwerben und zu erhalten bemüht sein. Die „Konservativen Ver-
einigung“ erhebt daher 2. den Aufnahmestempel aller derer herbeizuführen,
die eine möglichst vollständige Restauration der konservativen
Weltanschauung wünschen, weil sie darin die beste Verweilung für
die Parteientwicklung erkennen und die wertvollste Anregung zur be-
berrschung der Mitarbeit erblicken. Die Parteiorganisation bezieht sich
auf 3. die gleichmäßige Berücksichtigung der Reichstags- und Land-
tags- und Land- namentlich der wirtschaftlich schwachen Be-
rücksichtigung der Arbeiter, aber Selbstständigkeit gegenüber
dem Bund der Landwirte, völlige Unabhängigkeit vom
Zentrum und anderen internationalen Parteien; 4. die Herstellung
des nat. sozialen Blockes gegen die internationale Sozial-
demokratie, gerechten Ausgleich bei der Steuerverteilung, beson-
deres der Klassen gegenüber den weniger bemittelten Volks-
schichten.“ Zum ersten Vorsitzenden wurde Rechtsanwalt Biederd
gewählt.

Unterlegen. Die Stadtverordneten-Stimmabgaben in Halle
brachten den Sieg der sieben Kandidaten des hiesigen Bürger-
vereins. Es erhielten die Bürgerlichen 6678, die Sozialdemokraten
5619 Stimmen.

Die Königsberger Eisenbahndirektion in Königsberg
sendet uns folgende Berichtigung:

„In einem Zeitungsausschnitt Ihres Blattes über die Königs-
berger Stadtverordnetenwahl ist behauptet worden, daß die Eisen-
bahnarbeiter verwaltschaftlich beeinflusst worden seien, den von der
liberalen Partei für den hiesigen Wahlbezirk VI als Kandidaten auf-
gestellten Kandidaten zu wählen.“

Zur Bekräftigung dieser Behauptung wird ein Vorfall ge-
schildert, nach welchem ein Eisenbahnarbeiter auf die Frage des
Wahlvorstehers, welchem Kandidaten er seine Stimme geben wolle,
antwortet haben soll: „Wie mir vorgeschrieben ist, wähle ich Dorsch und Klant.“

Wir stellen hiermit fest, daß seitens der Eisenbahn-Ver-
waltung in keiner Weise auf die Eisenbahnbediensteten eingewirkt
worden ist.

Eine unfererseits bei sämtlichen Wahlvorstehern des Wahl-
bezirks VI und deren Stellvertretern veranlassete Umfrage hat ferner
ergeben, daß keinem dieser Herren etwas über den eingangs ge-
schilderten Vorfall bekannt ist.

In einem Falle soll ein Wähler auf die Frage des Wahl-
vorstehers, für welche Kandidaten er stimmen wolle, unter Vor-
zeigung des Wahlzettels der liberalen Kandidaten geantwortet haben:
„Wie hier vorgeschrieben steht!“

Er wurde dann vom Wahlvorsteher befehrt, daß er die ge-
wählten Personen namentlich berechnen müsse.“

Da der Vorfall den ostpreussischen Blättern entnommen war,
werden diese sich auf die Berichtigung zu außen haben. Ubrigens
sind in der Notiz keinerlei Hinweise darauf, daß die Eisenbahn-
Verwaltung eine Beeinflussung ausgeübt habe. Was da vor

Viktoria.

Roman von Rina Hausio.

61
(Kontinuation von Vorigem)
Die Frauen waren schon draußen. Auch der Suber war
fertiggegangen, und die Theresen versuchte nun, sich um ihren
Mann herum zu bewegen, damit sie nicht gerade als Reiter
angehoben und behandelt, sondern ihnen der Vorzug entgegen
würde, bei einer ihre Gesundheit untergrabenden Beschäftigung
Aufnahme zu finden.
Die hechte das Kostgeld, das ihr Suber für den Tag ge-
geben, als Übergabe zu sich, und die Kinder ihren Inständen
überlassend gingen sie ohne Skrupel von dannen.

fel auf dem Ufer, er trug sie alle. Weiter unten aber hingen
die übrigen Knaben das belaudete Hüppel mit Stricken auf,
es wurde zurück remontriert und auf's neue besetzt. Und nun
wurden die kleinen belaudeten Hüppel abgerissen und die Knaben
wandern sie als Kränze ums Haupt — sie fühlten sich wahr-
haft als Sieger.

Es kam wohl vor, daß einer der Knaben, der auf dem
schwankenden Akt lag, plötzlich unter denselben kam und in's
Wasser tauchte, aber gleich darauf schwang er sich wieder hinauf
und die Luft wusch mit der Gefahr.

Welch Lachen und Schreien! Wie hell klangen die An-
herkommen, und wie hell leuchtete die Morgen Sonne über die
stärken Köpfe und die braunen Wangen. Wie ungebändigte
Jugendlust, welche Unbesonnenheit und Verwegenheit! Ein so
überauswärtiges Glück kennen nur Kinder des Volkes. Es liegt
jenseits der Pforte darin die gerade die Kerne des noch unberührten
gehören, etwas von jener ursprünglichen Kraft, die an der Ge-
fährlichkeit sich ergötzt und spielend bereichert, was mit Verderben ihr
bringt.

In den Gärten vor Subers Hause, das von einer leb-
benden Hecke umgeben ist, welche die Sonnenblumen und Geor-
ginen nun hoch überragen, Luft der kleine Rangl umher, wie
ein eingefangenes Füllen. Die Hecke war, das Mädchen am Arm,
fortgegangen, sie konnte eine gute Frau, die immer ein wenig
Zwischenfall für sie und das kleine übrig hatte und sie hatte
berprochen, auch dem Rangl ein Töchter zu bringen.

Dieser, durch den Jubel der Knaben aufgeregt und neu-
gierig gemacht, war mit seinen kleinen Füßchen an der Hecke
emporgeklaut, und steht nun darüber hinweg auf das gütternde
Wasser und die belaudeten lachenden Kinder, die sich auf bem-
selben herumtoben. Er schlägt die Händchen zusammen in un-
glücklichen Entzücken und jubelt mit. Er möchte auch dabei
sein, auch einen Kranz haben und hinunterschwimmen an dem
Wasser.

Die sein kleines Herz vor Verlangen ihm schmilzt!
Er ruft ihnen zu — sie hören ihn nicht. — Mit der Seh-
nen sich an die obersten Zeile der Hecke klammernd, beginnt er
mit höchstgehört eines Kesslers anzuwärt zu klingen. Er
bejauchet sein eigenes Regiment und er wächst höher und höher
bei je Zeit entgegen!

Im diese Stunde kamen die Franzel- und Andreas, die in
einem Squarhof Unterfang für die Nacht gefunden, durch den
Ost.

Bei der Geburt machten sie Halt und lesen die Kund-
machung.
Sie suchte ihm darauf etwas verständig zu machen, das
er, wie es schien, nicht begreifen wollte, dann gaben sie sich die

Hände zum vorläufigen Abschiede. Andreas ging nach dem
Hause des Vaters, sie ging weiter. Umzeit der Post wurde sie
von den Postboten erkannt und angehalten.

Er teilte ihr mit, daß ein Brief für sie eingetroffen sei,
ein Geldbrief aus Wien. Sie konnte ihn gleich selbst in Em-
pfang nehmen und so den Vorkauf ersparen.

Franzel trat in das Postbureau und erhielt den Brief. Sie
war ganz verwirrt. Wer konnte das sein, der ihr von Wien
aus Geld schickte? Würde es von ihrer Tante? Ihr Ersinnen
war nicht gütlicher, als sie auf der Rückseite des Briefes Na-
men und Adresse des Absenders las: Mariame Schlier, Par-
ring.

Sie hielt die verführten Augen, die heute so dunkel um-
schattet waren, unverwandelt auf diese Zeilen gerichtet.
„Das ist die Wurzel“, flüsterten ihre Lippen, „die gute
Wurzel.“ Sie atme über die Brücke wie trauernd.

Einmal warf sie einen flüchtigen Blick auf das Schreiben der
Knaben im Flusse und ein schwaches Lächeln glitt über das
verführte junge Gesicht. Gestern noch hätte die Freude der Kin-
der die gleiche Empfindung in ihr gewedt, heute war sie jeder
Freude entzweit.

Sie konnte den Kopf. Nein, Franzel, steh nicht weg!
Wirk einen Blick, nur einen, nach der Seite des Hauses. Du
wirst das Kind bemerken, das an der Hecke emporgelauert
war.

Verlangend beugt es sich vorwärts, bestert das Gleichge-
wicht und fällt kopflüder auf den vom Regen erweichten Boden.
Es hat keinen Laut ausgestoßen und steht schon wieder auf den
Reihen. Es hat erreicht, was es wollte, es befindet sich außer-
halb der Hecke in Freiheit.

Franz I! starrte nicht so auf den Brief, hier stehen nur
Worte, die Dir kaum etwas sagen, dort aber läuft ein unbe-
wusstes Kind dem Wasser zu! Welche Hände streckt es dir
schimmernden Fluß entgegen. Es möchte den schwimmenden Akt
erreichen, auf dem die Großen so fröhlich sich tummeln, es will
auch dabei sein — sein Herzchen schmilzt höher in dem unbe-
zwinglichen Erleb nach Freude, das Wasser last es. Das Was-
ser! Von dort können die Zubehufe der Kinder, dort war der
Zusammenstoß ihrer Freuden von jeher. Schon einmal trieb es
ihn in die rauschenden Wellen, er war wieder herausgelommen.
Aber diesmal sieht ihn niemand, und in dem Augenblick, wo
das leuchtete Element sein Füßchen neckt, ist er auch schon von
den Fluten erfasst, die ihn fortziehen. ... Niemand hat es
bemerkt, ni mand den kurzen Auffruch bemerkt, den er aus-
stößt. ... Die Knaben waren im fröhlichsten Spiel, die Franzel
mit ihrem Schmerz beschäftigt. Erst eine Stunde später war
der kleine Körper unten an der Mühle angekommen.
(Fortsetzung folgt.)

Witzel - Schme. Der frühere antilehentliche Abgeordnete Dr. Witzel, der früher beim Bund der Landwirte angestellt war, ist jetzt zum Bauerbund übergegangen und ist in seinem früheren Wahlkreise Warburg aufgetaucht, um daselbst für den Abgeordneten Dr. Schme Stimmung zu machen.

Gemeindevahl. In Ebingen (Württemberg) hatten Volkspartei, Nationaldemokraten und Sozialdemokraten ein Wahllokal gewonnen, das nach heftigem Kampfe bei einer Wahlveranstaltung von 86 Prozent freigeblieben war. Gewählt wurden auf Grund dieses Abstimmens ein Volksparteiler, ein Nationaldemokrat, ein Sozialdemokrat und ein Sozialdemokrat, der als erster Vertreter der Partei in den Gemeinderat einzog.

Eine Reichstags-Erfahrung wird in Schwab Hallenbach nach der „Schleifung“ will die Vole von Sach-Yaworki der Unvollständigkeit Erklärung seines Ansehens vorzubringen und sein Mandat niederlegen wahrnehmlich noch vor Weihnachten. Er ist 1908 mit 8416 gegen 7953 Stimmen gewählt worden, die auf den Freizonarischen Parteitag. Außerdem wurden 76 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

Im der vorhergehenden Session 1903-1906 hatte die Reichspartei das Mandat befehlen, um das sich jetzt ein harter Kampf entspinnt wird.

Das demokratische Wochenblatt, das Dr. Breitfeld vom 1. Januar kommenden Jahres an herausgegeben wird, soll den Namen „Das freie Volk“ führen.

Ausland

Neufreundliche Ausichten auf einen zukünftigen Bürgerkrieg. Der Pariser „Tempo“ beschäftigt sich mit der Frage der militärischen Verwendung der Lenkballons und der Flugmaschinen und berichtet u. a.:

Nach den Erfahrungen, die man bei den letzten Manövern und auch bei späteren Versuchen gemacht habe, könne man behaupten, daß der militärische Lenkballon dem Oberbefehlshaber keineswegs diejenigen Dienste leistet, die man von ihm erwartete. Der Lenkballon müsse, um den Geschossen der Artillerie und Wirteltruppen zugehen, sich in eine Höhe von 1500 Metern erheben, kann aber bei 2000 Metern die Strömungen und Bewegungen des Gewitters zu erheben, wodurch sich der Lenkballon in neuer Fährde befindet. Der Aeroplane, welcher schneller, höher, leichter und mit diesen den Ballon in einer Sekunde rascher und mit diesen den Ballon in einer Sekunde rascher und mit diesen den Ballon in einer Sekunde rascher...

Perliche Ausschreitungen! Die vorletzte große Kauterungenschaft, der Lenkballon als Kriegswaffe in der Luft schwebend, um die Wohnstätten der Menschen und die Oere von oben aus zu verwüsten, und hinter ihm her die Flugmaschinen, die einen anderen Sprengstoff in das Ballonet werfen und so den Ballon mit Mann und Maus in die Tiefe stürzen, wo sich der Feind das Genick bricht und verblüht. Liegen bleibt. Und diejenigen, die solche Werke der Kriegskunst für unvermeidlich halten — nennen sich Christen.

Polizeiverfassungen unter Arbeiteraufsicht! Aus Paris wird dem „E.“ geschrieben: Regierung und Dohrde sehr der Bewegung unter den Straßenspolizisten nicht ohne Belohnung zu. Mehrere Leute lagen bereits einen Streik der Schuhteute vor, da die mit einigem Recht verlangten Aufbesserungen des Dienstes trotz allen Willens von der Polizeidirektion nicht erfüllt werden können, solange die Kammer nicht die nötigen Mittel anweise. So ergab es sich, daß es wahrscheinlich nicht werden, obwohl sich Bestimmung über die Entlassung der Polizisten nicht mittelbar läßt, weil diese besonders gegenüber Journalisten die größte Verschwiegenheit beobachten. Zwischen sind die Führer des „Allgemeinen Arbeiterbundes“ auf eine Idee gekommen, die zwar nicht mehr als einen guten Witz bedeutet, aber die eigentümliche Situation treffend charakterisiert; sie werden in einer ihrer nächsten Sitzungen über einen Voranschlag beraten, der Herrn Lepine, dem Polizeipräsidenten, gemacht werden soll: da es bei etwaigen Verzögerungen der Polizisten an Ausschreitungen fehlt, wollen die gewerkschaftlich organisierten Syndikalistinnen sich für diesen Zweck als freiwillige Polizei konstituieren; sie versprechen, jede Klüftung zu verhindern und die Polizisten mit der gleichen Energie zur Ordnung zu bringen, die in früheren Fällen die Polizei so oft bei Arbeiterversammlungen entwickelt hat!

Die Altersversicherungsvorlage in Frankreich. Genosse Thomas gibt eine übersichtliche und kritische Gegenüberstellung der Vorschläge der Regierung und derjenigen der Senatskommission, der wir folgenden entnehmen: Einig sind beide im Grundsatz: des Versicherungszwanges. Sonst sind große Unterschiede vorhanden. Die Senatskommission will: Beitragsleistung der Arbeiter in Höhe von jährlich 6 Francs, die der Staat um 2 Francs erhöht. Mit dem vollendeten 65. Lebensjahre, dem Regime des Rentenbezuges, überweist der Staat ein Kapital, das jede Rente um 120 Francs erhöht. Dazu haben die Arbeitgeber für jede berufstätige Person jährlich 9 Francs zu zahlen. Den etwa fehlenden Betrag legt der Staat darauf. Unter Zugrundelegung einer Zahl von 10.810.000 Versicherten und eines jährlichen Zuganges von 111.500 Personempfangern würden die jährlichen Ausgaben betragen: 89,3 Millionen für die Arbeitgeber, 51 für die Arbeiter und für den Staat im ersten Jahre 108,9 Millionen, im zehnten nur noch 89,9 Millionen. Die Renten würden betragen: im ersten Jahre 221, im hiezigen Jahre 223 und im Beharrungszustande 267 Francs (zu 81 Pfg.).

Die Regierungsvorlage will: Jährlich 9 Francs (durch Marken) von jedem Versicherten und ebenfalls für ihn vom Arbeitgeber. Mit dem vollendeten 65. Jahre Beginn der Rente, die durch einen Staatszuschuß von je 60 Francs vermehrt wird. Unter Annahme der gleichen Zahlen von Versicherten und Rentempfangern ergäbe das je 97,3 Millionen Francs jährliche Beiträge der Arbeitgeber und Versicherten und einen Staatszuschuß von 108,2 Millionen im ersten Jahrgang; soll nämlich der Staatszuschuß erhöht werden um je 2 Francs für jedes Lebensjahr über 44 (also um 2 Francs für die jetzt 45jährigen, 22 für die 55., bis zu 40 Francs für die 61jährigen Versicherten). Die Renten würden danach mit etwa 100 Francs beginnen und bis auf 414 Francs steigen. In den ersten Jahren wären sie geringer, später erheblich höher als nach dem Vorschlage der Senatskommission.

Genosse Thomas vertritt die nächste Verdinglichung der Leistungen bei der Vorlage nicht. Unter ihnen aber entscheidet er sich zugunsten derjenigen der Regierung, der, wie man sieht, dem deutschen Vorbild erheblich näher kommt. Dem höheren Beitrag des Arbeiters steht nach einigen unangenehmen Jahren, eine erheblich höhere Rente gegenüber. Im übrigen fordert Thomas, auch im Einklang mit unseren Einrichtungen, die Einführung von Lohnklassen, und vor allem, wie dies auch Genosse Wollenbuter in der letzten Sitzung des internationalen Bureau schon hat, daß an Stelle einer bloßen Alters- eine Invalidenversicherung, wie sie in a. b. c. war vor der ersten ganz in den Vordergrund getreten ist geschaffen werde. — Jedenfalls bleibt noch viel Verbesserungsarbeit für unsere Genossen.

Auch die Vereinigten Staaten haben ein Defizit. Nach dem Jahresbericht des Schatzamts wird das laufende Geschäft vornehmlich mit einem Defizit von 84 Millionen Dollar abgeschlossen, wobei die Einnahmen für den Panama-Kanal und die öffentliche Schuld nicht inbegriffen sind. Einschließlich dieser Ausgaben wird das Defizit auf 73 Millionen Dollar geschätzt. Der Vorschlag für die ordentlichen Ausgaben und Einnahmen für 1911 weist einen Ueberschuss von 86 Millionen Dollar auf; werden jedoch die Kosten für den Panama-Kanal mit hinzugerechnet, so ergibt sich statt des Ueberschusses ein Defizit von 13 Millionen Dollar. Um diese Defizite zu decken, wird es notwendig sein, entweder Bonds oder Sachanweisungen zu begeben.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Der Terror geht weiter!

Durch Ministerialerlass ist die Verlegung einer größeren Anzahl Eisenbahnbeamten, die bei der letzten Stadterordnetenwahl in Kattowitz polnisch wählen, angeordnet worden.

Das kann ja liebliche Auseinandersetzungen zwischen Gentium und Regierung geben.

Ein historischer Wagen.

Die „Post“ erzählt folgende nette Geschichte: Die vielleicht einmal, war vor einiger Zeit einem Polen, Dramatist aus Bogdabowitz, Arela Bomb, auf Grund der Anstellungsgefechtsnovelle von 1904 die Genehmigung zur Erbauung eines Wagens als einer Barzelle nicht erteilt worden.

Dieser Vorfall war vom Straßenschein ausgeschlossen worden, indem man durch eine Sammlung dem Manne einen Wagen als Geschenk der Nation darbrachte, in dem der angeblühete Dadaologe tanzen sollte. Diesem Antrag, der von der polnischen Presse natürlich weidlich ausgeklügelt wurde, ist nun durch eine Entschädigung des Oberverwaltungsgerichts einigtig gesteuert worden. Es ist nun dem Dramatist verboten, den Wagen ferner als Wohnstätte zu benutzen. Damit ist dieser Versuch der Polen, die Novelle von 1904 zu umgehen, gescheitert!

Die Sozialisten preußischer Polenpolitik wird kaum drastischer dargestellt, als in dieser Geschichte. Bürgerliche polnische Kreise beabsichtigen, den Wagen des Dramatisten anzukaufen und in einem Museum für die Geschichte der preußischen Polenunterdrückung unterzubringen. Sollen sich werden in diesem Museum auch die polnischen Abgeordneten Platz finden, die, mit den preußischen Junkern eng verbunden, die „Finanzreform“ gezeugt haben.

Reignitz, 8. Dezember. Eine erneute Abrechnung mit dem volksfeindlichen Liberalismus.

Nach steht das große Glas des hiesigen Freiheits und seines Abgeordneten Fischbeck in früher Erinnerung, und schon wiederum wurde er in eine ähnliche unliebsame Situation verwickelt. Die hiesige „Demokratische Vereinigung“ hielt am Montag Abend eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in welcher Herr v. Gerlach über „Bürgerium und Sozialdemokratie“ sprach. Herr v. Gerlach zeichnete in seinem etwa 1½ stündigen Vortrage ein klares Bild von den gegenwärtigen politischen Zuständen, von unserer heutigen durch und durch volksfeindlichen Politik. Mit einer lebendigen Schärfe würdigte er das charakterlose, jeder Grundfähigkeit beraubte Verhalten des Liberalismus, der in seinem kurzfristigen Kollateralschaden jedes demokratischen Gewandes entkleidet. Als erster Diskussionsredner unternahm Herr Redakteur Brachmann vom „Reignitzer Anzeiger“ den kläglichen Versuch, für den Liberalismus eine Sprache zu brechen. Herr Brachmann betonte zwar hoch und heilig, all das, was Herr Gerlach an politischen Forderungen vorgebracht, voll und ganz unterschreiben zu können, trotzdem aber müsse er die Zerstückelungsbestrebungen der Demokratischen Vereinigung bekämpfen. Ein hiesiger Kaufmann vervollständigte in längeren, satirischen Ausführungen unter anderem Verfall das durch Herrn Gerlach bereits gegebene abschließende Bild von dem Fischbeckischen Freiheits und seinen Bedenklichen. Er betonte, wer angesichts solcher Vorgänge die Notwendigkeit einer neuen Vereinigung des Bürgeriums nicht beackten, der gehöre ins Narrenhaus oder — in die Redaktion einer liberalen Zeitung.

Von unserer Seite sprachen alsdann die Genossen Kretsch und Pöhner, welche den Fischbeckischen Liberalismus in seinem Kampfe für Volkswahl und Freiheit in Reinkultur zeigten. Die Schaffung der Demokratischen Vereinigung — für die auch in Reignitz und seinem durch den Liberalismus angekränkelten Bürgerium ein reiches Tätigkeitsfeld gegeben — sei nur zu begrüßen. Hoffentlich zeige sich die Vereinigung bei den kommenden Wahlen als ein ehrlicher Bundesgenosse im Kampfe gegen den ereaktionären Liberalismus und das Junkertum. Der Auffassung der Arbeiterkraft müsse die Auffassung des Bürgeriums zur Seite gestellt werden. Nochmals unternahm Herr Brachmann den kläglichen Versuch einer Ehrenrettung des arg komponierten Liberalismus, der aber ebenso mißglückt wie der erste. Dafür leuchtete ihm Genosse Mohrning kräftig hell und hielt ihm vor Augen, daß der Führer der hiesigen Liberalen, Herr Pöhner, sich nicht geachtet habe, bei der letzten Landtagswahl eine offensichtliche Wahlfälschung zu begehen. Auch die Haltung der hiesigen Reichstagsabgeordneten Arbeiterführer gegen die Demokratische Vereinigung wurde von ihm geißelnd gezeichnet. — Nach einstimmiger Annahme einer entsprechenden Resolution sprach sich Herr Gerlach auf Grund einer Anfrage gegen den Hansa-Bund aus. In seinem Schlußwort nahm er von Herrn Brachmann so warm verteidigten Liberalismus nochmals unter die Lupe. Diese schändliche Politik müsse beseitigt werden, und an ihre Stelle eine solche gesetzt werden, in der „des Volkes Wille oberstes Gesetz“ sei. — Nach dieser Verurteilung dürfte dem hiesigen Freiheits für absehbare Zeit wohl die Luft genommen worden sein, zum Volke zu sprechen!

Reignitz, 8. Dezember. Redaktionswahl. Die Redaktionskommission der „Reignitzer Volkszeitung“ wählte in ihrer letzten Sitzung von dreizehn Nennern den Genossen Paul Söhne-Panba zum zweiten Redakteur. Genosse Söhne, von Beruf Drechsler ist seit Jahren in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung tätig. Seit vier Jahren steht er der Partei und Gewerkschaftsbewegung in Lauban vor und war auch ein fleißiger Mitarbeiter der „Reignitzer Volkszeitung“. Sein Eintritt als Redakteur erfolgt am 1. Februar. — Von 1. April ab soll bekanntlich die „Reignitzer Volkszeitung“ in eigener Druckerei hergestellt werden.

Reignitz, 8. Dezember. Der Wiederaufbau der Stadthalle schreitet rüstig vorwärts, so daß der Bau bald unter Dach und Fach sein wird. Nachdem die Aufmauerungen der beiden Seitenwände soweit fertig gestellt ist, wird nunmehr mit dem Aufbringen der eisernen Dachkonstruktion begonnen und es ist zu erwarten, daß die Aufstellung des Tragerwerks in etwa acht Tagen vollendet sein wird.

Wieslau, 9. Dezember. Stillschleppverbrechen. Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der Dackelwägenfahrer Wilhelm Großmann aus Kenaus wegen Stillschleppverbrechen, begangen an Schindlern in 11 Fällen, zu verantworten. Er erhielt ein Jahr sechs Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. — Wenn bei eben Verbrechen wurde der kaum 17jährige Arbeiter Robert Rutschke aus Kenaus zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Freidenklich-Schumannsbest, 9. Dezember. Die verärgerte Schreier. Aus derge über eine am Posttage abgehaltene Versammlung, in der den christlichen Gemeindeführern ihre Eündenreue hier mit Recht vorgehalten wurde, lautet die schwarzen Volkseureiter recht Contra! In Sonntag das ganze Dorf ab überführerinnen rasche mit den Schindlplünderern. Auf Er die dazwischen sie dabei nicht rechnen, denn auch die hiesigen Arbeiter haben...

erkannt, daß die schwarzen Volkseureiter Arbeiterinteressen nun und nimmer vertreten können.

Freiburg, 9. Dezember. Aus der letzten Stadtversammlung ist zu berichten, daß ein Antrag des Magistrats die Waldgärtner-Anlagen dem Verschönerungs-Berein zu übergeben, angenommen wurde. Der Verein erhält hierfür jährlich 800 Mark Zuschuß. In der vorigen Sitzung wurde ein Antrag des Magistrats, auf dem Terrain der städtischen Gärtnerei sogenannte Schrebergärten anzulegen, abgelehnt, mit der Begründung, daß die „schlechtliche“ Umgebung Anstoß an dem Leben und Treiben der Randbesitzer nehmen könnte. Der Magistrat brachte nun einen erneuten Antrag ein und schlug ein in der Nähe des Feuerwerks Depots und des Kinderspielplatzes belegen Terrain zur Anlage von Schrebergärten vor. Aber auch dieser Vorschlag fand keine Gnade vor den Augen des Stadtbürgermeisters Götter und wurde deshalb die Vorlage an den Magistrat zurückverwiesen, trotzdem Bürgermeister Alrenberg die Vorlage eingehend begründete. Ein Antrag, an der hiesigen Ober-Realschule den Latein-Unterricht einzuführen, wurde angenommen. Das Schuljahr wurde daher für Schüler, welche am Latein-Unterricht teilnehmen, um 50 Mark erhöht. Eine unangenehme Erinnerung an den Streit, der wegen des Rathausesumbaus zwischen dem Magistrat und den Stadtbürgermeistern seitens entstanden, war die Forderung des Architekts Wollsch-Breslau, dessen Projekt erst von der Stadt-ordnungsversammlung angenommen, dann aber verworfen wurde. Herr Wollsch fordert für seine Arbeiten (Zeichnungen und Entwürfe) nicht weniger als 5100 Mark. Den Stadtbürgern kam die Forderung sehr hoch vor, mußten aber schließlich in den sauren Apfel beißen, als sich herausstellte, daß die Liquidation bereit durch einen Sachverständigen nachgeprüft worden war. Der Entwurf des Falls der städtischen Stadthalle pro 1910 wurde angenommen. Derselbe bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 918 275,80 Mark. Auf Antrag der Schuldeputation wurde Herrn Zahnarzt Wollsch die gegen eine jährliche Entschädigung von 300 Mark, die ungenutzte Behausung zahlreicher Schulbänder übertragen. Merkwürdigerweise stimmten die Stadtbürgermeister Reiner und Hoffmann, von denen man es am wenigsten erwarten könnte, gegen diese sehr vernünftige Maßregel. Der Reingewinn der Gasanstalt betrug pro 1908/09 rund 16 000 Mark. Als diesen Sommer die städtischen Gasanstaltsarbeiter ein paar Ferngasse Lubneröhnen forberierten, wurde ihre Eingabe vom Magistrat kurzerhand abgelehnt. Aus der Höhe des Reingewinns ist aber ersichtlich, daß der Etat der Gasanstalt sehr wohl eine kleine Erhöhung der Arbeitelöhne hätte ertragen können.

Freiburg, 9. Dezember. Wahlberein. In der letzten Versammlung wurde Bericht über die letzten Stadtbürgermeister-Wahlen erstattet. Genosse Schorsch erwähnte die Genossen, weiter zu arbeiten und schon jetzt tüchtig für die nächsten Wahlen zu arbeiten. Vor allem müsse man im April, wenn der neue Steueretat kommt, sich jeder so hoch einzulassen lassen, damit er das Wahlrecht erwerbt. Dann dürfe man aber auch im Juli, wenn die Wählerlisten aufgelegt, das Einsehen des Feindes nicht vergessen, um sich das Wahlrecht zu sichern. Bei den nächsten Wahlen müssen die Arbeiter zeigen, daß sie nicht erst bei der Stichwahl den Sieg erringen. Es muß so lange gearbeitet werden, bis uns die Wanda der 3. Klasse alle gehören. Zum Neuenjahr wurde beschlossen, daß die Wahlkreise „Kriegs-Kammlau und Ohlag-Siedeln-Nimloch“ einen Delegierten gemeinschaftlich entsenden. Die Wahl derselben soll nach der Verständigung mit Ohlag erfolgen. Betreffs Kandidatur wird mitgeteilt, daß der Kalender im Kreise Kammlau bereits fertig ist und im Kreise Ohlag am nächsten Montag, den 13. Dezember, die Kandidatur erfolgen soll. Weiter wurde approved, die Kolportage zu erteilen. Jedoch wurde die Entscheidung dieser Angelegenheit dem Vorstände überwiesen.

Reuten OS, 9. Dezember. Erstickungstod. Von einem Witten Brot, den ein hiesiger Arbeiter in den Wand brachte, drang ein Stücken in die Luftröhre oder — wie der Soemann zu sagen pflegt — in die „falsche Kehle“. Trotz der sofort angewandten Hilfe gelang es nicht, den Mann, der Reiz heftig zu essen pflegte, zu retten. Er erlitt den Erstickungstod.

Posen, 9. Dezember. Um den neuen Reichstagskandidaten für die Eschewald im Wahlkreise Posen-Stadt ist unter den Polen ein heftiger Streit entbrannt. Die sogenannten Demokraten möchten gern einen Arbeiter gewählt wissen und agitieren mit allen Mitteln für den polnischen Arbeiterführer Nowicki. Damit ist aber die sogenannte Sozialpartei durchaus nicht einverstanden. Das Organ der letzteren, der „Dziennik“, meint, er habe zwar prinzipiell nichts gegen eine Arbeiterkandidatur, doch gebe es doch einen polnischen Arbeiter gar nicht, der die Fähigkeiten, die Kenntnisse und die Bildung besitze, die man von einem Reichstagsabgeordneten fordern müsse. Da der Kampf um den Kandidaten mit aller Schärfe, mit Hohn und Spott geführt wird, darf man auf den Ausgang desselben gespannt sein. Wir meinen, daß der ganze Streit doch recht überflüssig ist. Im Reichstage sitzen bereits einige sogenannte polnische Demokraten, die Pulversch, Kosciuszko usw., doch sind diese bei allen entscheidenden Fragen nicht nur mit der polnischen, sondern auch mit der deutschen Reaktion gegangen, wie die Abstimmung über die letzte Finanzreform beweisen hat. Diese „Demokraten“ haben in der polnischen Prektion, die la fast ausschließlich aus Grafen, Fürsten, Rittergutsbesitzern und Aristokraten besteht, einfach „mit zu regieren“. Sie dürfen im Reichstage ohne die Erlaubnis der letzteren nicht sprechen und müssen auch so stimmen, wie diese Herren es wollen. Der ganze Streit ist darum recht müßig. Wollen die polnischen Demokraten und Arbeiter für einen Arbeiter stimmen, nun wohl, die Gelegenheit haben sie: der Kandidat der Sozialdemokratie ist ein Arbeiter, in dem Genossen Ratuszewski, der für die Sozialdemokratie kandidiert, haben die polnischen Demokraten einen Mann, der für die Sache der Arbeiter und der Demokratie tatkundlich eintritt, der nicht nach der Weise der Schleichhändigen laugt und auch die Interessen des polnischen Volkes nicht verraten wird. Allein an der letzten Finanzreform, die dem Volke die ungeheuren Lasten und neuen Steuern gebracht hat, und die auch die polnischen Abgeordneten mitgemacht haben, können die Arbeiter sehen, woran sie sind. Darum: der einzige Arbeiterkandidat ist der Kandidat der Sozialdemokratie, Genosse Ratuszewski.

Bromberg, 4. Dezember. Sozialdemokratischer Verein. In der Montag-Verammlung wurde Genosse Lebis als Delegierter zum Freitagtag gewählt. Unter Vertretungsangelegenheiten wurde die Festtagsgestaltung besprochen.

Reignitz (Posen), 9. Dezember. Der achtfache Raubmord. Der russische Deserteur, der in dem Verdachte steht, an dem achtfachen Raubmord in Posen-Land beteiligt zu sein, ist, wie der Erste Staatsanwalt hierüber erklärt, noch nicht verhaftet worden. Die bisher der Kämpen, Straßens und Danksburg erfolgten Verhaftungen konnten nicht arrecht erhalten werden. Man nimmt an, daß der Täter nach Posen geflüchtet ist. Die Vernehmung der Festung des Raubers ist auf 3000 Mark erhöht worden. — Jetzt wird unter den Vorbesorgern von Posen-Land die Ansicht laut, daß die graufige Tat von russischen Schmutzhaltern angezettelt worden ist, die seit dem Sommer vorigen Jahres mit drei erkrankten Waisenkinder in bitterer Feindschaft lebten.

Krosauke (Posen), 9. Dezember. Feuer. Bei einem in der Nacht vom Mittwoch im Gasthof „Zum demselben Hause“ angelegten Feuerbrandes, wobei einigem Wollsch auch noch die Fahnen des Krieges- und Feldberaters, verschiedene Gewehr, Noten, wertvolle Bücher, eine Menge weiler Jacht und ein Revolver, die Entschwebungsart ist unbekannt.

Verantwortliche Redakteur: Albert Schöler. — Druck- und Verlagsanstalt: Druckerei v. Oskar Schöler. — Druck von Oskar Schöler. — Druck von Oskar Schöler. — Druck von Oskar Schöler.

Für die Infanterie übernimmt die Redaktion alle drucktechnische Verantwortung.

Gestern nachm. 8 Uhr verschied nach langem schwerem Leiden mein innigstgeliebter, treusorgender Gatte, unser guter Vater, Schwäger, Bruder, Schwager u. Onkel d. Schriftsetzer **Osoar Schiedeck** im Alter von 31 Jahren 2 Mon. Dies zeigen schmerzhaft an Breslau, Gräbchenstr. 124, den 8. Dezbr. 1909 Die trauernden Witwe Paula Schiedeck, geb. Krause nebst Kindern. Beerdigung: Sonnabend, nachm. 3 Uhr, von der Halle des Gräbchener Friedhofs. 5875

Für nur Achtung! Für nur 10 Pf.

Beitrag pro Woche sichert sich jede Person bis zum Pöckstatter von 45 Jahren (ohne ärztlich. Untersuchung) bei Eintritt in die **Sterbefasse zur Eintracht v. 1827** ein Sterbegeld von Mk. 84.— mit Aussicht auf Steigerung desselben zu **W. Arnold**, Drechslermeister, Sandstraße Nr. 18, **F. Nitschke**, Schreinfabrik Schweiburgerstraße 51. 5879

Wilhelmsburg Inhaber: Franz Hützel. Heute Donnerstag: **Gr. Familientänzen** Polonaise mit Präsent-Verteilung nur telgender Gegenstände.

Hentschel's Stabl. Pöpelwitz. Heute Donnerstag: **Großes Tanzkränzchen** h. vöbl. Orchest. Entree frei. Pöpelwitz.

Achtung! Achtung! Mitglieder der Ortskrankenkasse der Maler, Lackierer und Anstreicher. Sonntag, den 12. Dezember, früh 11 Uhr:

Versammlung im Gewerkschaftshaus (Saal).

Wir ersuchen die Berufsangehörigen vollständig zu erscheinen, da es zur Gründung einer Innungs-Ortskrankenkasse für unseren Beruf Stellung zu nehmen gilt. 5869

Einige Mitglieder der Ortskrankenkasse.

Tüchtige Hosen-Näherin z. j. meth. Brandenburgstr. 30. Tel. III. 5867

Verkaufe **Herren- u. Damenhüten** billig. Kleider, Hüte, Umhänger etc. 5854 **A. Koenig**, Alisenstraße 48.

Allen Bekannten und Genossen zur gefälligen Kenntnis, das ich **Häuser- u. Zierker-Geschäft** eröffnet habe. Um günstigen Saubere bitten **Emil Anders**.

Kalbfleisch 60 und 65 Pfg. **Fleischerei** Tschepinerstr. 6.

Karl Fleischer, Bierbrennereimeister, Sandstr. 17, über den künstlichen Bierbrennen, u. Kaugummi, Schokolade, Seifen, Feinbrot, etc. etc. 5864

Mexiko-Zigarren zu alten Preisen 10 Stück 50 und 60 Pfg. empfiehlt **Oscar Rudolph** Zigarren-Importeur Breslau 13, Mendorfstr. 61.

Zähne von 2 Mk. an ohne Nebenspesen, Plomben von 1 Mk. an, Umarbeitungen von 1 Mk. an. Teilzahlung gestattet. 5862 **Zahnatelier Poststr. 3, II.**

Rehtabake in großer Auswahl, erlesen billig! **Carl Rother & Rode** Breslau I, Poststr. 23.

Christbaumschmuck, reichhaltige Auswahl, zu billigen Preisen auch für Wiederhersteller. empfiehlt **E. Bollmann** Nitschstr. 13. 5865

GEOLIN Bester Metallputz **Christoph Fabrik** Düsseldorf I, Adl. Str.

Kalbfleisch 70 Pfg., Rindfleisch, ohne Knochen 80 Pfg., zum Kochen 65 Pfg., Schweinefleisch 75-80 Pfg., Gschäftes, Leber- u. Preßwurst 70 Pfg. nur Fleischerei **Trebnitzerstraße 18.**

Trauringe fugenlose goldene ohne Lötstelle aus einem Stück gestanzt, Platten dieser Ringe aus-geschlossen. Patent-Verfahren. 533 gesetzl. gestemp. Paar 6, 8, 10, 12, 14, 16 M. 585 gesetzl. gestemp. Paar 20, 22, 25, 28, 30 M. Feingold 850 gesetzl. gestemp. Paar 38, 42, 48, 54, 60 M. Durch Massenhergung u. grossen Umsatz bin ich in der Lage, ausserst billig liefern zu können. 4587 **Schriftliche Garantie. Gravieren gratis.**

Paul Alter Uhren- u. Goldwarenhaus Kupferstr. 19. Dankschreiben... mit den gesandten Trauringen bin ich sehr zufrieden, dieselben sind 10 Mark billiger als hier am Platze. **Reinhold Ristow I. E.**

Soeben erschienen: **Der dumme Teufel** Die Katastrophe der Zentrumspolitik. Preis 20 Pfg. **Buchhandlung „Volkswacht“.**

Stadt-Theater. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „**Hoffmanns Erzählungen**“. Freitag, 7 Uhr: „**Die Meistersinger von Nürnberg**“. Sonnabend, 7 1/2 Uhr: „**Rigors Hochzeit**“.

Lobe-Theater. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „**Die Fledermaus**“. Freitag, 7 1/2 Uhr: „**Die fremde Frau**“. Sonnabend, 7 1/2 Uhr: „**Der Pfarrer von Kirchfeld**“.

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater. Donnerstag, Gruppe E. I. Vorstellung: „**Sapientreich**“. Freitag, 7 1/2 Uhr: „**Imbolds-Vereln** (Wells-Vorstellung)“. „**Der Pfarrer von Kirchfeld**“. Sonnabend: Gruppe E. I. Vorstellung: „**Sapientreich**“. **Wittverkauf am Tage der Vor-**stellung von 10-2 Uhr im Stadt-Theater und an der Abendkasse.

Thalia-Theater. Sonntag, 7 1/2 Uhr: „**Alt-Heidelberg**“. **Wittverkauf Freitag und Sonn-**abend von 10-2 Uhr im Thalia-Theater und im Stadt-Theater.

Schauspielhaus Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr: **Gastspiel der Urania.** „**Am Golf von Neapel**“. Abend 8 Uhr: „**Nanon**“. Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr: **Gastspiel der Urania.** „**Von der Jugend zum Mann**“. Abend 8 Uhr: **Wells-Vorstellung. Nicht Preise.** „**Robert und Birtram**“. (Konzert und Singspiele.) Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr: **Gastspiel der Urania.** „**Am Golf von Neapel**“. Abend 8 Uhr: **Premiere.** „**Johann Strauß, der Walzerkönig**“.

Lieblichs Etablissement Horace Goldin Lucie König Paul Jülich etc. etc. etc. Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater Monat Dezember: **Ringkampf** um die Europa Meisterschaft und 5000 Mark in bar. 8 Ausserdem hervorragende Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Zeltgarten Dir.: H. Krusnik. Gute Konzerte: 23. Tag **Ringkampf** Konkurrenz. 3 spannende Kämpfe. Tags ganz neue Spezialitäten.

Palmengarten Dir.: H. Krusnik. **Gastspiel** **Lenz Walter** mit seiner **Oberlandlern.** 27. Gastspiel. 28.

Letzter Tag! Sonntag, den 12. Dezember. **Wiedereröffnung** mit vollständig neuem Programm. Sonnabend, 23. Dezember. **CIRCUS Sarrasani** Breslau. Im Circus Busch-Gebäude. Teichenstr. 3824. **Donnerstag, 9. Dezember,** abends 8 Uhr: **Elite-Abend.** Freitag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr: **Gala-Parade-Abend.** Gala-Abend! Gala-Programm! Gala-Kostüme! Gala-Unif.! Gala-Requ.! Gala-Geschirre!

COLOSSEUM Früher „Scala“ Nikolaistrasse Nr. 27 Dir. Conr. Scholz **Grösstes Kinematographen-Theater Schlesiens** (ca. 1000 Personen fassend) 5356 **Eröffnung: Sonnabend, den 11. Dezember.**

Möbel-Kauf-Haus **Albert Nowotny** Weidenstr. 23/24 **Aeusserst billige Preise.** 5870

Goldbarsch! **Goldbarsch!** Von diesen vorzüglichen Meeresbewohnern wurden am meisten gefangen. Heute, morgen und übermorgen verkaufen wir: 5874 **Großen blutfrischen Goldbarsch** Pfund zu 18 Pfg. **Sadischtsch** Pfd. 20 Pfg., mittelgr. Saolian Pfd. 20 Pfg., **Anurhahn** Pfd. 20 Pfg. **Pracht. Nabeljau u. Seelachs** im Querschnitt Pfd. 23 Pfg. Die ersten Waggonsladungen **Weihnachts-Karpfen** sind eingetroffen. Die Qualität ist dieselbe vorzügliche wie im Vorjahre. **D. D.-F.-G. Nordsee.** Filiale Stadtbahnhofen und beide Markthallen.

Ueberraschende Auswahl nur gediegener **Lederwaren** **Umtausch bereitwillig!** von einfachsten bis hochelegantesten Sorten zu **Weihnachts-Geschenken** **Riesen-Auswahl** moderner **Täschchen Albums Schreibmappen Büchertaschen Bücherträger Musikmappen Portemonnaies Brieftaschen** und viele andere Artikel. **Zigarren-Etuis Brieftaschen** auch mit **Monogramm-Stickerei.** **Gebrüder Zepler** **Koffer-, Taschen- und Lederwaren-Fabrik** mit elektrischem Kraftbetrieb. Verkaufsstelle: **Schweidnitzerstrasse 33 und Ohlauerstrasse 9.** 5466

Wie ein Ei dem andern 80 gleicht die beliebte **van den Bergh'sche** Margarine-Marke **Vitello oder Clever-Stolz** der besten Naturbutter und zwar infolge ihres ausserordentlichen Buttercharakters, ihres köstlichen Wohlgeschmacks und ihres feinen Aromas. **Erhältlich in allen besseren Kolonialwaren-Geschäften.**

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 9. Dezember.

Geschichtskalender.

10. Dezember.

1520 Luther verbrennt die päpstliche Bulle. 1580 Ludwig Angengrubert.

Welche Bücher kaufe ich zu Weihnachten?

(Schluß.)

Für die reifere Jugend.

Verbanntes, Don Quixote von La Mancha. Verlag von Schaffstein, Köln. 2,50 Mk. Der berühmte Roman, den jeder kennen sollte, liegt hier in einer mit literarischem Takte vollzogenen geklärten Ausgabe und in anprechendem Gewande vor. ... Die Bräut. Lederstumpfenählungen. Verlag von Schaffstein, Köln. 3 Mk. Die Indone- und Seefahrerromantik wird frischen Knaben sehr sympathisch sein. ... Die Bräut. Lederstumpfenählungen. Verlag von Schaffstein, Köln. 3 Mk. ... Die Indone- und Seefahrerromantik wird frischen Knaben sehr sympathisch sein. ...

Die neu aufgenommenen Bücher.

Andersen, Märchen. Mit 11 Bildern von Otto Svedter. ... Bausch, Wilhelm, Mor und Moritz, eine Bubengeschichte in sieben Streifen. ... Clavopica, Liebe Kinderreime mit bunten Zeichnungen von Arvad Schmidhammer. ... Falke Gustav, Drei gute Kameraden. ... Gottlieb, Jeremias, Kurt von Koppigen. ... Grimm, Brüder, Einzelausgaben. ... Hauff, Wilhelm, Der Scheit von Alessandria und seine Sclaven. ... Hoffmann von Fallersleben, Die Herzen auf! ... Krüger, Franz, Schiller. Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter. ...

Im Sommer. Ein Bilderbuch. Verlag von Braun und Schneider, München. 2,80 Mk. Im Winter. Ein Bilderbuch. Verlag von Braun und Schneider, München. 2,80 Mk. Aufstellbilderbücher mit bunten, in einfachen Farben und Anien gehaltenen humoristischen Zeichnungen. ... Das Buch kommt der Freude der älteren Kinder an fabelhaften Geschichten entgegen und regt sie zugleich zu manchen ernsthafte Betrachtungen politischer und gesellschaftlicher Art an. ...

Der Arbeitsmarkt im Holzgewerbe.

Nach mehrwöchentlicher Dauer ist der Arbeitsmarkt im südwestdeutschen Holzgewerbe durch einen mehrere Jahre laufenden Verfall beunruhigt worden. ... Die beliebte Hauff'sche Erzählung mit ihrer fesselnden Schilderung historischer Vorgänge in einer guten, aber leider auch teuren Ausgabe. ...

Table with 12 columns: Jan, Febr, März, April, Mai, Juni, Juli, August, Sept, Okt, Nov, Dez. Rows show data for 1909 and 1908.

Erheblichen Schwankungen war der Arbeitsmarkt in Berlin, wo hauptsächlich Tischler vermisst werden, im laufenden Jahre ausgefüllt; es kamen im Juni auf je 100 offene Stellen noch 525 Druckstücke, im Juli 302, im August 171 und im September nur noch 136. ...

Aus aller Welt.

Explosion der Hamburger Gasanstalt. Zu der furchtbaren Katastrophe vor den jetzt noch folgende Einzelheiten gemeldet: Der Gasbehälter, der in den letzten Monaten ganz neu aufgestellt wurde, sollte zum ersten Male mit Gas gefüllt werden. ... Die Zahl der Verletzten wird auf vierzig angegeben. ...

retteten können. Ein Namensaufruf war nicht möglich, da alle Gefährdeten die Unglücksstelle sofort verlassen. ... Die Gasversorgung Hamburgs dürfte etwa für sechs Monate eingeschränkt sein. ...

Wichtig Fischer in Seenot. Von Wilhelmshaven aus sind, wie von dort berichtet wird, der Fischereifischer „Bieten“ und das Torpedoboot „S. 61“ in See gegangen, um Nachforschungen anzustellen nach dem Verbleib von 21, seit dem großen Sturm vermissten Finnenwärdern Fische, eisfahrgelugten, die mehr als 80 Personen an Bord hatten. ...

Einen Eltern- und Jugendausschuss

veranstaltet der Bildungsausschuss am Sonntag Abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Die Wandschau... mit einem Vortrag über die Wirkungen der Schulbildung...

Die Klage der Freien Religions-Gemeinde wegen der Müllerischen 10.000 Mk.-Erbkassat wurde heute Mittag vom Breslauer Landgericht abgewiesen. Die Gemeinde habe durch ihre Eintragung in Offenbach die Rechtsfähigkeit nicht erlangt...

Die geheimnisvolle Leiche. Zu unserer Notiz über die in Kassel gefundene geheimnisvolle Leiche ist noch folgendes nachzutragen: Unsere Notiz hat augenscheinlich an maßgebender Stelle unangenehm berührt und um Unschuldige vor dem schändlichen Verdachte zu schützen...

Das Gerücht von der unbegrabenen Gräfin ist in Kassel seit langer Zeit allgemein verbreitet und sehr oft Gegenstand der Unterhaltung in den Wirtshäusern gewesen. Die Sache war mitten in längst ein offenes Geheimnis...

Der 'General-Anzeiger', der die Notiz ohne Quellenangabe veröffentlicht hat, bemüht sich die Wichtigkeit unserer Mitteilungen nicht sehr schmeichelt für die Gesellschaften... es hätten drei Getreidebäcker in Kassel die Kirchengeschäfte verwaltet...

Auf der neuen Straßendampfbahn in der Vorstadt fanden gestern in dem neuen Teile von der Markthalle am Mitteweg bis zum Mauritiusplatz die ersten Probefahrten statt. Die neue Strecke wurde durch die Vertheilung der Kraftwagen bis zur Garosstraße mit einem Motorwagen und einem Anhängerwagen sowie mit einem einzelnen Motorwagen befahren...

Ustung, Saal der 'Grünen Berge' am 12. d. M., Nachmittags 3 1/2 Uhr findet im 'Grünen Berg' die General-Versammlung statt. Tagesordnung: Jahresbericht, Neuwahl des Vorstandes und Bericht des Kollegen Barisch-Görlig...

Stadt-Theater. Donnerstag: 'Hofmanns Erzählungen'. Freitag: 'Die Meistersinger von Nürnberg'. Sonnabend: 'Die Hochzeit des Figaro'.

Lobe-Theater. Heute, Donnerstag wird gegeben, 'Die Fledermaus'. Freitag 'Die fremde Frau'. Sonnabend findet die erste Aufführung der Operette 'Ein Herrschändchen' statt...

Alt-Geibelberg. Wilhelm Meier-Försters sinnvolles Schau- und Mysterienspiel, ist seit gestern wieder im Theaterplan des Lobe-Theaters eingepostet. Wie der, wie bei früheren Aufführungen, wurde es von einem gut gekleideten Hause freundlich begrüßt... womit die Kritik abgehan ist...

Volksvorstellungen im Thalia-Theater. Als erste Vorstellung der neuen Serie wird 'Japan's Reich' Donnerstag für Gruppe E. Sonnabend für Gruppe F gegeben.

Breslauer Schauspielhaus. Donnerstags 'Ranon'. Die nächste vollständige Vorstellung findet statt Montag bereits am Freitag, den 10. Dezember, statt und bringt in der bekannten Besetzung die Kaiserliche Hofoper 'Robert und Bertram' mit dem Konjunkt im 3. Akt. Die Inszenierung der neuen Operette 'Johanna Strauß, der Walzerkönig' liegt in den Händen des Herrn Direktors Meier, die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Stalla.

Gastspiel der 'Arctia' aus Berlin. Wie im vergangenen Winter, so hat sich auch diesmal Herr Direktor Lang vom wissenschaftlichen Urania-Theater in Berlin im Breslauer Schauspielhaus zu einigen Gastspielen verpflichtet. Eine Reihe reizvoller Reizebilder durch das Alpengebiet und durch Italien wird diesmal gegeben. Gestern, beim ersten Gastspiel, ging die Reise von der Zugspitze zum Watzmann, durch die wunderbaren Höhen bayerische Gebirge. Aber nicht nur auf die landschaftlichen Reize beschränkte sich die Wiedergabe in Bildern, auch zahlreiche Städtebilder, iener deutsche-österreichischen Grenzgebiete wurden vorgeführt. Erhöht wurde die Lebendigkeit der Vorstellung durch wirklich schöne Annahmen jener Landschaften, die Ludwig II. von Bayern in jene romantische Gegend hineingelegt hat. Den täglichen Teil besorgte Herr Direktor Lang in musterhafter Weise.

Firkus Sarrasani. Die glänzend besetzten 'Gänser' des Firkus Sarrasani sind ein deutscher Beweis, wie reizvoll die Meinungen und Vorbeurteilungen waren, daß der Wanderzirkus über lang und lang von der Bildfläche verschwinden würde. Wenn die 'fahrenden Leute' durch die modernen Verkehrsmittel auch viel von der früheren 'Poste der Landstraße' eingebüßt haben, so vermochte doch bis heute der Reiz der Gaudalüge der Firkus noch nicht zu verwinden. Denn geliebt ist ihm der alte Handex, dem sich auch das moderne und jetzt so ansehndliche Publikum nicht ganz entziehen kann. Freilich betrieblig aber auch ein Unternehmen wie Firkus Sarrasani die verwickeltesten Angelegenheiten, und es ist daher nicht verwunderlich, wenn die Bevölkerung Breslauer und Umgebung des Firkus Sarrasani eifrig besucht.

Gaudalüge. In der Zeit vom 22. bis 23. November 1909 sind in der Stadt des 'Arctia' den Verkehrsverhältnissen z. folgende Gegenstände gefunden worden: ein Perlenohrgehör, ein Ohrgehör, eine Reliquie im Städtchen; eine Brosche, ein Bild des 'Gedächtnis', ein Valet enthaltend Stühle und Wölfe, ein Straßenschal, ein Damenschirm, ein Mädchen Wolle in der städtischen Straßenbahn.

Gefunden wurden eine Eisenbahn-Monatelkarte, ein Damenportemonnaie mit Inhalt, ein goldbrauner Spazerstock mit Silbergriff und Gravierung, eine goldene Herrenuhr, ein Schlüsselbund und Reklamationsquadrat. - Zugelassen ist dem Postschaffner Ritter, Breitenstraße 2, eine weiß- und gelb-rote Dame und dem Haarrestanten: Bensch, Kleine Scheringstraße 4, eine schwarzbraune Jagdmantel. - Herzlos angetroffen wurde in einem Hausflur auf der Rosenstraße ein Fahrrad 'Orca'.

Silbergriff und Gravierung, eine goldene Herrenuhr, ein Schlüsselbund und Reklamationsquadrat. - Zugelassen ist dem Postschaffner Ritter, Breitenstraße 2, eine weiß- und gelb-rote Dame und dem Haarrestanten: Bensch, Kleine Scheringstraße 4, eine schwarzbraune Jagdmantel. - Herzlos angetroffen wurde in einem Hausflur auf der Rosenstraße ein Fahrrad 'Orca'.

Eingefandt.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir die von den Angehörigen aus unserm Referenz, für die wir nur die presserechtliche Verantwortung übernehmen, Abteilungen des 'Vollmacht'.)

Breslauer Kunstleben.

Aus Künstlerkreisen wird uns geschrieben: In welcher Weise das freie Erwerbsleben durch den Eingriff beamteter Personen geschädigt wird, von Herren, die an und für sich schon genügend Gehalt bekommen für die paar Stunden in der Woche, welche sie im sogenannten Bureau zubringen, zeigt wieder ein drastischer Fall.

Der Herr Geheimrat Baurat Maas, Mitglied des Kirchenvorstandes von St. Karolus, hat es verstanden, den Neubau der Kirche als Architekt zu übernehmen. Die sogenannte Bauleitung beziehungsweise Bauaufsichtung hat er einem Regierungsbaumeister übertragen, also einem Untergebenen, der ihm zu gehören hat. Wir sind der Meinung, daß Herr Geheimrat Maas, von dem noch kein Mensch gehört, daß er einen Ruf als Architekt genießt, nicht das Recht besitzt, über ein Bauwerk zu verfügen, an dessen Gestaltung er nicht ein Interesse hat. Man bekommt es allgemach satt, die traurigen überflüssigen behördlichen architektonischen Witschen auf die Zeichnungen wirken zu lassen. Und auch das neue Bauwerk wird eines jener offiziellen, die, von hinten oder vorne gesehen, immer mager wie ein englischer Windhund bleiben. Die Karolus-Gemeinde in ihrem Kirchenvorstand hat recht wenig Rücksicht genommen, da sie ihre selbständige, entgegengelegte Meinung nicht laut werden ließ, sondern sich kleinlaut dem Herrn Geheimrat Maas mit dem großen Einflusse unterordnete.

Wir beklagen vor allem die mächtige Konkurrenz, welche die vom Staat im Verhältnis zu den Leistungen bereits über Gebühr bezahlten Personen darstellen. Hier könnte die Regierung eingreifen, wenn die Herren nicht selbst die Regierung schon repräsentierten. Deshalb wird das neue Bauwerk nur korrekt sein, 'immer korrekt, immer korrekt', wie Reutter sagt.

Daselbst oben Gelegte ist der Fall mit der Kirche in 'Leipzig' an sich, welche ein Breslauer Bauarchitekt, ein Herr von Carlowitz, übernommen hat. Also auch hier gestatten die vorgesetzte Behörde, in diesem Falle der Oberbürgermeister, die Konkurrenz einer auf bezahlten beamteten Person mit dem freien Erwerbsstand, obwohl unferes Wissens nach die besseren Angestellten dieser Kategorie bereit sind, keine Privatunterstützung anzunehmen. Aber die Genehmigung beziehungsweise Abschlus hierzu ist ja nicht allzu schwer zu erreichen. Der letztere Fall soll übrigens gar nicht so einzeln dastehen, wie wir hören. Es wäre demnach dem Herrn Oberbürgermeister zu empfehlen, hier mächtige Einschränkungen beschließen zu wollen.

Die der Professor und Direktor der Kunstgewerbeschule zu Breslau, P. Kästig, gehört zu der Konkurrenz des Erwerbsstandes. Diese beamteten Herren müssen alle recht viel freie Zeit haben. Das Gehalt ist hoch genug, um anständig leben zu können; es scheint ihnen aber an Beschäftigung zu fehlen. Eine originelle Idee hatte der Direktor, der einen Künstlerbund gründete, welcher nur eine bestimmte Anzahl Mitglieder aufnimmt, wir glauben 12. Dieser Künstlerbund repräsentiert nun das 'Künstler-Schleusen'. An die hohen und höchsten Herrschaften, Barone, Grafen, Magnaten, Gelehrten, werden Einladungen zum Beitritt als inaktive Mitglieder geschickt, um den Stamm der 'Zwölfer' einen Kranz solcher Leute zu rekrutieren, die mit Aufträgen natürlich nicht fargen sollen. Der Bund hat aber nicht viel Glück gehabt.

Besonders bemerkenswert ist, daß die 'Schleifische Zeitung' und insbesondere die 'Schleifische Zeitung' auf Kosten des Kunstgewerbes-Vereins sich als Kuchhaber für die reikamebedürftigen Ergüsse dieses Beamten hergibt. In gewissen Belräumen kann man immer wieder lesen, was der Herr Direktor gerade vor hat, es wird in ehrfürchtiger Tone gesprochen und eine Art Heiligenschein um das Haupt des Direktors gewoben.

Die Direktion dieses Bundes der 'Zwölfer' besteht zum großen Teil aus Auswärtigen, die in Rom und anderen entlegenen Orten ihren Sitz haben. Der Herr Direktor ist also als Bauarchitekt der einzige Vertreter dieser Kunst im Bunde der 'Zwölfer'. Bezeichnend für den Herrn Direktor ist auch, daß Graf Walsan auf Wittich, bei dem er sich einflößen möchte, ohne Aufforderung Photographien ausgeführter Arbeiten des Herrn Direktors bekam, um zu zeigen, wie tüchtig er ist.

Ist das nicht Konkurrenz? Wir halten es jedenfalls an der Zeit, dies einmal offen auszusprechen.

Neueste Nachrichten.

Arbeitslosenfürsorge.

Rainz, 9. Dezember. Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligte am Mittwoch 30.000 Mark zur Vornahme von Notstandsarbeiten.

Sietzin, 8. Dezember. Gleichzeitig mit den Beamten-Versammlungsvorlagen brachte der Magistrat eine Vorlage, betreffend Erhöhung der Arbeiterlöhne, ein.

Zur Gamburger Katastrophe.

Hamburg, 9. Dezember. (S. L.-B.) Die Zahl der Opfer der Katastrophe beträgt nach den neuesten Meldungen 33. Sechs von ihnen sind während der Explosion an Ort und Stelle umgekommen. 11 andere sind im Laufe der Nacht und des nächsten Tages in den Krankenhäusern ihren schweren Verletzungen erlegen. 16 Personen liegen noch in dem Gasbehälter unter den gewaltigen Trümmern des Eisengastwerks. In dem verfallenen Krankenhause liegen noch 15 Schwerverletzte. Man fürchtet, daß sie nicht mit dem Leben davorkommen, so daß die Zahl der Opfer noch größer werden wird. Der Zustand, von zwei im Joppenroter Krankenhaus liegenden schwer Verletzten Personen hat sich bedeutend verschlechtert, so daß man ihr Ableben jede Stunde erwartet. Die Teilnahme der Bevölkerung an den Opfern ist außerordentlich groß. Es sind fast ausschließlich arme Leute. Beim Feiern hat durch ein Telegramm an den Senat sein Beileid ausgesprochen. Ueber die Ursache der Katastrophe verläutet jetzt, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß das mächtige Eisengastwerk zusammenstürzte. Dadurch kam das Gas zum Ausbrechen. Es würde sich also um einen Fehler in der Konstruktion des Gasbehälters handeln, der erst vor 12 Tagen in Betrieb genommen wurde.

Hamburg, 9. Dezember. (S. L.-B.) Die Explosion in der Gegend hat ansehndlich ein weiteres Opfer gefordert. Ein Schiffser fiel vor Schreck aus dem Kahn und wird seitdem vermißt.

Der Parlamentenkampf in England.

Paris, 9. Dezember. (S. L.-B.) 'Le Petit Journal' meldet, daß die Wahl entschieden im Falle seiner Wiederwahl die Kammer-

Abbildung so lange ablehnen, bis die Konservativen die Ermächtigung erhalten, eine hinreichende Anzahl von Lords zu ernennen. Die Frage des Vetorechts der Kammer betreffend die Gesetzgebung wird eines Tages zur Diskussion gelangen, wo dann die liberale Reform der Adiktalen durchgeführt werden wird. Das Kabinett wird demnach ein neues Wahlreformgesetz, sowie ein Gesetz über die Anstammenerkung des Oberhauses einbringen. Dieser letztere Gesetzesentwurf würde dann im Unterhaus eingehend besprochen werden, damit die feste hätte Zusammenkunft des Oberhauses befreit werden kann. Es wird dann eine abermalige Auffassung des Parlaments stattfinden, damit das Land Gelegenheit erhält, sich über die politische und soziale Reform der Kammer zu äußern.

Märchenhafte Erfindung.

Paris, 9. Dezember. (S. L.-B.) Aus La Rochelle meldet der 'Matin': Hier wurden interessante Versuche mit einem neuen Verfahren der Teleskop vorzunehmen. Der Erfinder dieses Verfahrens ist ein junger Gelehrter namens Roganow, der in Gemeinschaft mit dem Direktor des Paboatoriums Rouvenor diese Erfindung gemacht hat. Die beiden haben einen Apparat erunden, welcher gestattet, die Distanz, mit der man sich telephonisch unterhält, auf mehrere Kilometer Entfernung zu sehen.

Bomben auf dem Karemshji.

Petersburg, 9. Dezember. (S. L.-B.) In den Wandelgängen der Duma war gestern das Gerücht verbreitet, auf der Karemshji 'Standart' seien zwei Bomben gefunden worden. In Kasta und Kles sollen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden sein.

Stuttgart, 9. Dezember. (S. L.-B.) Graf Heppel, der sich dieser Tage bei der Land in Ludwigsburg eine Erhaltung anzuzeigen hatte, in deren Folge für wieder ein Abstieg gebildet hat, mußte sich gestern Nachmittags eine Operation unterziehen. Das Befinden des Grafen gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß.

Gaffel, 9. Dezember. (S. L.-B.) In einem Hause der Putzstraße a-bar ein Kind es Märchen heimlich und tötete das Kind. Der 20jährige Mörder wird der Vaterhaft beschuldigt.

Wien, 9. Dezember. (S. L.-B.) Die Kommission, die in Peitmerig die Burgen über den vöplischen Tod einer früheren Braut Nachforschungen führte, hat ihren bestimmten Anhaltspunkt für eine tragbare Handlung so richtig gefunden. Wie verlautet, soll das Ergebnis der Nachforschungen einer Kommission mitgeteilt werden. Ferner soll doch eine Ermüdung der Leiche vorgenommen werden.

Rom, 9. Dezember. (S. L.-B.) Bei der Entbindung einer reichen Kaufmannsfrau wurde der herbeigerufenen Frau während der Operation vom Schlage getroffen. Die Frau verstarb, das Kind starb.

Triest, 9. Dezember. (S. L.-B.) Unter dem Verdachte revolutionärer Umtriebe wurde gestern der Professor des Polytechnikums Köstly verhaftet.

Wasserstandsnachrichten der Oder.

Table with 12 columns: Station, Datum, Wasserstand, etc. Includes stations like Regen, Werra, Sals, etc.

Konsum- und Sparverein 'Vorwärts' für Breslau und Umgegend. (S. G. u. b. G.)

Laut gerichtlicherakte beirug die Zahl der Genossen am 30. September 1909 590 und die Gesamtsumme 17.700 Mk. Die am 16. Oktober 1909 veröffentlichte Bilanz ist dementsprechend abgeändert.

Der Vorstand: Max Todus, Margarete Schlegel, Hermann Zimmer, Der Aufsichtsrat: Fr. Schlegel.

Versammlungen und Vereine.

Die Wandschau- und Bücher-Ausstellung des Bildungs-Ausschusses befindet sich im Zimmer Nr. 1 und ist täglich für jedermann von 5-9 Uhr zu besichtigen. Eintritt frei. Kein Kauwangs.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 9. Dezember: Tapezierer-Verband, Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr im Zimmer 1. Vortrag des Genossen Reulich. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 7-9 Uhr im Zimmer 7. Freitag, den 10. Dezember: Arbeiter-Stenographen. Unterricht und Versammlung 3 1/2 Uhr, Zimmer 3/4. Sonnabend, den 11. Dezember: Buchbinder. Wichtige Versammlung im Zimmer 2. Vortrag des Genossen Albert über: Eine Reise nach Italien.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

An alle Mitglieder! Im Dezember und Januar werden die Mitgliedsbücher von allen Mitgliedern eingezogen, um die Beitragsleistung zu kontrollieren. Jedes Mitglied, das kein Mitgliedsbuch abliefern, bekommt dafür vom Bezirksführer einen Schein, worauf befristet wird, daß das Buch abgehoben worden ist. Die er Schein dient auch als Ausweis in der Bibliothek des Vereins und bei einer Mitglieder-Versammlung. Spätestens binnen vier Wochen werden die Mitgliedsbücher wieder zurückgeliefert. Sollte das in dem einen oder anderen Falle nicht geschehen, so ist davon das Partei-Sekretariat, Neu-Grabenstraße 5, 2. Etage, zu benachrichtigen. Der Vorstand: Distrikt 2 (Gebäude-Vorstand). Sonnabend, den 11. Dezember, Abends 8 Uhr, findet ein Weihnachtsgesang verbunden mit Präsentverteilung für Kinder und darunterfolgender Lang bei Mitte, Großschmiedestraße 74, statt. Alle Genossen, auch die anderer Distrikte, die es ermöglichen, zusammenzufinden und ihren Kindern eine Freude bereiten wollen, sind hiermit eingeladen. Der Distriktsführer.

Aus der Geschäftswelt.

Die Firma Otto Wittich, Hingelerei, Breslau I, Kupfer-Gründelstraße 47, führt neben Spiegelglas auch Spezialartikel, wie Stammspiegel, Bildnisse, Teinbilder, Polster, Teller, Ordel mit Aufschriften von Breslau, sowie praktische Gegenstände als Tischdecken, Kärnerdecken usw., die sich in passender und geringem Preisverhältnis eignen. Spielfischen aller Art stellt in reichlicher Auswahl die Firma Alfred Scholz, Rappertschneiderstraße 1, aus, jedoch in Verkauf dieses Geschäftes sich schon verlobt.

Zum Kommunalprogramm - Entwurf der Sozialdemokratie Preußens

erhalten wie folgende Zuschrift: Ich möchte mich etwas näher mit dem Abschnitt V 'Gesundheitspflege' befassen. Gegen die dort von den Gemeinden geforderten Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit der Gemeindeglieder wie zur Bekämpfung der Krankheiten läßt sich vom sozialdemokratischen Standpunkt kaum Wesentliches einwenden. Aber in dieser Zusammenfassung der Postulate an die kommunale Sozialpolitik scheint mir doch etwas zu fehlen, das gar nicht belanglos ist und an dem man nicht achtlos vorbegehen sollte: ich meine hier Mittel zur Bekämpfung jener Erscheinungen, die sich für unsere Kommunen aus dem Alkoholisismus ergeben. Daß sie situationell an seiner Eindämmung in hohem Grade interessiert sind, läßt sich nicht gut mehr in Abrede stellen. Es sei hier nur auf Dr. Jopertz' Feststellungen über Hamburg und Dr. M. Strichfelds Buch über Berlin hingewiesen. Ganz außer Frage steht also, daß wirksame gemeindliche Maßnahmen auf diesem Gebiete eine nicht unbedeutende Entlastung des Armenrats zeitigen würden. Schwierigkeiten könnte vielleicht das 'Wie?' bereiten. Aber da es heute schon nicht an Ansätzen und Ausgangspunkten fehlt, werden sie nicht unüberwindlich sein.

Was kann also die Gemeinde zur Bekämpfung der Trunksucht tun?

Das erste, was hier unsererseits gefordert werden muß, ist die Einrichtung und - wo sie schon vorhanden - der Ausbau von Alkoholfürsorgestellen. Diese Forderung - wie man sich ihre Wirklichkeit im einzelnen denkt, kann hier noch unerörtert bleiben - wäre für unsere Gemeindevertreter kein 'Sprung ins Dunkle', denn die Wirksamkeit und Erfolge der bereits bestehenden etwa 50 - gemeindlichen und privaten - Einrichtungen dieser und verwandter Art beweisen meines Erachtens ohne weiteres ihre Zweckmäßigkeit. Wobei noch zu bemerken wäre, daß diese sich keineswegs in den verminderten Armenlasten der Kommunen erschöpfen, sondern oft eine Summe von Glück und neuen Lebenswerten für den Auskunft und Rat Suchenden im Gefolge haben wird.

Nun fordert zwar der Punkt 4 des Abschnitts V des Entwurfs die 'Schaffung von Gesundheitsämtern'. Aber dieser Begriff scheint mir doch etwas zu allgemein, um die besondere Formulierung überflüssig zu machen, also: Einrichtung und Ausbau von Alkoholfürsorgestellen.

Aus dieser Forderung ergibt sich eigentlich eo ipso die Ergänzung, die unter V 6, 1 vorzuschlagen wäre, nämlich: 'insbesondere Bau und Betrieb von Frauenanstalten, Lungenfürsorgestellen usw.' und Kassen für Alkoholkranke.

Aber noch ein anderes. Eine Angelegenheit - die im Entwurf auch nicht einmal der Erwähnung wert gefallen wird - auf die unsere Vertreter in den Gemeinden aber ihr besonderes Augenmerk zu richten hätten, wäre meines Erachtens die kommunale Schankkonzessionspraxis, ein Gebiet, dem unsererseits wohl kaum die nötige Beachtung geschenkt wurde. Passierte doch erst in jüngster Zeit der immerhin peinliche Fall, daß eine Regierung - es war allerdings nicht die preussische - einer Kommunalbehörde einen scharfen offiziellen Ruffel erteilte, weil sie durch eine Lage Prüfung der Bedürfnisfrage die Ziffer der Alkoholschankstellen in ein arges Mißverhältnis

zur Einwohnerzahl brachte. Und dem ohne Zweifel zu Recht getadelten Magistrat gehörten auch einige unserer Genossen an, von denen man leider nicht hört, daß sie gegen ein derartiges Konzessionserteilungssystem energischen Einspruch erhoben hätten.

Die Sache steht nun so, daß diese vielgestaltige Art der Schankkonzessionspraxis geradezu nach einer reichs-gesetzlichen Regelung der Materie schreit. Aber so lange wir die nicht haben, muß es Aufgabe der Gemeinden sein, die Bedürfnisfrage streng zu prüfen und die Zahl der Schankstellen wenigstens in ein halbwegs erträgliches Verhältnis zur Bevölkerungsziffer zu bringen. Wenn man sich auch gerade nicht viel davon versprechen wird, so wird man doch vernünftigerweise zugeben, daß die Maßregel in der Richtung auf eine wünschenswerte Zurückdrängung des Alkoholisismus Nützliches wirken kann.

Wenn wir für die Zukunft also nicht geradezu die Kommunalisierung der Schankwirtschaften fordern - was schließlich ebenso berechtigt wäre wie die im Entwurf vorgesehene Verstaatlichung von Bäckereien und Schlächtereien - so wäre immerhin die Aufnahme eines Passus in das Kommunalprogramm, der eine Abkehr von der vielfach gelübten plan- und ziellosen Art der Schankkonzessionspraxis fordert und die Notwendigkeit einer gründlichen Reform unterstreicht, in Erwägung zu ziehen.

Partei-Angelegenheiten.

Zum preussischen Parteitage nahmen in den letzten Tagen viele Parteiorganisationen Stellung. Aus den Versammlungsberichten ist verschiedenes Bemerkenswertes hervorzuheben. In Zeltow. Beslow für Genosse Hubert über die Wahlreform aus: Von dem Zustande der Agitation in dieser Beziehung kann niemand von uns recht befriedigt sein. Nachhitzer und gewalttätige Mißbräuche von uns zu Gunsten des Wahlrechts demonstriert werden. Nicht nur am Abend, sondern gerade am Tage, wo viel mehr Aufmerksamkeiten erteilt wird, sollten die Massen zusammenströmen und ihre Stimme erheben; die Arbeit sollte mal einen halben Tag ruhen, um zu zeigen, wieviel den Arbeitermassen an dieser Forderung gelegen ist.

Genosse Jurell bewahrt sich also hier in ähnlicher Bahn, als die Resolution des Genossen Datz, die von der Breslauer Versammlung angenommen wurde.

Im Niederbarnimer Kreise kam der Schnapsbocksticht Antrag zur Sprache. Es lag folgender Antrag aus Straßau vor:

Um eine bessere Wirkung und Durchsicht des Schnapsbockstichts zu erzielen, beauftragt die heutige Generalversammlung die Kreisleitung, unermüdet ein Flugblatt herauszugeben.

Wesell-Stralau begründete den Antrag. Er habe erwartet, daß vom Kreisvorstand erklärt worden wäre, daß das Flugblatt herausgegeben sei. Es gehe aber durchaus nicht genug, um den Schnapsbocksticht wirklich durchzuführen. Dazu kämen die Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Art. 21 der Weisung. Mit der Parole der Mäßigkeit ist nichts anzufangen. Es müsse vielmehr strikte Enthaltung verlangt werden. Von der Erklärung des Parteivorstandes habe die Zeitung mit Recht geschrieben, daß sie nicht kalt und nicht warm ist; aber mit Wehring's Worten in der 'Neuen Zeit' stehe es nicht besser. Man gehe da von der falschen Voraussetzung aus, daß der Beschluß nur für die Parteigenossen gelten solle, und daß innerhalb der organisierten Arbeiterschaft so schon sehr wenig Schnaps getrunken werde. Es müsse ein Flugblatt herausgegeben werden, worin klar und deutlich auf die gesundheitlichen wie moralischen Schäden des Schnapsgenusses wie auf den eigentlichen Zweck des Bockstichts hingewiesen werde. Wir seien es uns selbst wie der ganzen Partei schuldig, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß der Beschluß auch durchgeführt wird.

Genosse Bühler erklärte hierzu, daß der Antrag der vorliegenden Kreisversammlung über ein Flugblatt zum Schnapsbocksticht Großteil überwiegen werden sei, daß aber seiner Meinung nach in Groß-Berlin allzuviel Rücksicht auf die Budikler genom-

men werde. (Auskündigung.) Es sei dem Parteivorstand ein Flugblatt herausgegeben, aber kein Anzeiger nicht zugegangen. Wenn die Versammlung den Antrag annähme, werde das wohl auf Berlin erzieherisch einwirken. Da der Kreis an Groß-Berlin seine Gelder absetze, könne man wohl erwarten, daß bald etwas geleistet werden sollte. Wenn jedoch das Flugblatt dennoch nicht von Groß-Berlin geleistet werde, so solle vom Kreisvorstand dafür Sorge genommen werden. Das Verbot des Bockstichts in Berlin müsse auch im allgemeinen einmal erdriekt werden.

Soaehling hat Oberbühnenweibe ist ebenfalls der Meinung, daß für den Schnapsbocksticht bei weitem nicht genug getan werde.

Es drücken sich dann noch mehrere andere Redner zu der Angelegenheit, durchweg in dem Sinne, daß lange nicht genug geschieht, um den Schnapsbocksticht wirklich durchzuführen. Der Antrag aus Straßau wurde schließlich einstimmig angenommen.

In Frankfurt a. M. wurden in acht Districts Versammlungen die Aufrufen des Parteitage besprochen. Es wurde beschlossen, dem Parteitag folgenden Antrag zu unterbreiten:

Der Parteitag wolle beschließen, daß der Wahlrechtskampf durch zentrale Demonstrationen, die bei gegebenen Momenten durch den Parteivorstand zu organisieren sind, energisch aufgenommen wird.

Arbeiterbewegung.

Ein merkwürdiges Gewerbegerichts-Urteil. Der Arbeitgeberverband für das Einlesewesen in Baden i. B. hatte im vorigen Jahre seinen Mitarbeitern bei 1000 M. Konventionallohn verboten, den Steinlehren mehr als 60 Pf. Stundenlohn zu zahlen. Dieser Beschluß wurde gefaßt, weil es bekannt geworden war, daß der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes zwei Steinlehren, einzigen früheren Abmachungen 6 M. wöchentlich. Darauf verordnete der Vorsitzende mit den in Betracht kommenden Arbeitern heimlich, daß er ihnen nominell nur 60 Pf. Stundenlohn weiterhin zahlen, die restierenden 6 Pf. pro Stunde ihnen zu Weihnachten als Gaben wüch. Das war am 22. August d. J. In Weihnachten 1908 erhielten die beiden ihren Restlohn auf 9 Pf. und Weihnachtsgabe. Als sie in diesem Frühjahr wieder in Arbeit traten, erzuhrten sie sich sofort nach dem Lohn, worauf ihnen erklärt wurde, es bleibe so wie voriges Jahr.

Im November haben die Steinlehren nun die Arbeit niedergelegt. Schließlich traten die beiden Steinlehren an den Unternehmer mit dem Verlangen heran, ihnen den Restlohn für dieses Jahr auszusprechen. Das wurde ihnen verweigert. Darauf erklärten die beiden Arbeiter Klage beim Gewerbegericht ein. In der ersten Verhandlung erklärte sich der Unternehmer bereit, zu beschwören, daß eine diesbezügliche Verabredung nicht stattgefunden habe. Er habe den beiden zwar beiläufig erklärt ein 20 Pf. Restlohn zu zahlen. Im zweiten Termine mußte der Unternehmer eingestehen, daß die Angaben der Kläger richtig sind. Die Arbeiter wurden trotzdem mit ihrer Klage abgewiesen und zwar unter folgender Begründung:

Da die Art der Entlohnung des Herrn... weder die guten Sitten verstoßt, also null und nichtig ist, so muß die Klage abgewiesen werden. Das Gericht bedauert lebhaft, daß es infolge der Länge um Geleitz nicht möglich ist, den Beklagten exemplarisch zu bestrafen.

Der Beklagte, der als Obermeister der Färbung und Bleicherei des Arbeitgeberverbandes die Beschäftigten herbeizulassen überwachend und am erben halten soll, hat sie gebrochen und die Mitglieder in sammtlicher Weise zurückgelassen. Das ist verwerflich und verdient öffentlich gerandmarkt zu werden. Öffentlich findet diese verwerfliche Tat durch die Bestrafung seitens des Arbeitgeberverbandes ihre gerechte Sühne.

Einmal wenn gegen die Charaktreißerung des Beklagten durch diesen Gerichtsbescheid nichts einzuwenden wäre, so wird man doch die Art der Begründung des Urteils und die Empfehlung an den Arbeitgeberverband, den Mitarbeiter zu bestrafen, für mindestens merkwürdig halten müssen. Allerdings ist es nach dieser Definition des blauerischen Gewerbegerichts kein Verstoß gegen die guten Sitten, wenn der Unternehmerverband beschloß, daß kein Meister mehr als 60 Pf. Stundenlohn zahlen darf.

Eine Lehrlings- und Jugendabteilung im Verbande der Sattler und Portefeuillier. Die Kölner Generalversammlung, Oktober 1909, überließ dem Kreisverbandes eine Lehrlingsabteilung geschaffen werden sollte. Der Vorstand hat nicht nur dem Antrage seine Zustimmung ge-

Literaturverzeichnis.

Bei uns sind folgende Neuerscheinungen eingegangen: Im Verlage von Paul Singer in Stuttgart ist soeben erschienen: Friedrich Schiller. Chronologie in 4 Farben nach einem für die bekannte Zeitschrift 'Der Wahre Jacob' gemalten Bild von Hans G. Reusch. Auf seinem Mattlunbruderkarton, Format 25x33 Zentimeter. Kadempreis 50 Pf.; wenn direkt vom Verlag bezogen für Verpackung und Porto 20 Pf. extra. Der Verlag hat von diesem Bild, das bei seinem Erscheinen im 'Wahren Jacob' allseitige Beachtung und Anerkennung fand, Sonderdrucke herstellen lassen, auf denen die Vorgänge des Bildes in Folge der Größe des verwendeten Materials und sorgfältigen Drucks noch besonders hervortreten.

Dem Parteivorstand sind von Materialien für die Organisationsleiter übergeben worden, die in einem kleinen handlichen Buch sehr übersichtlich die Bestimmungen des Parteiprogramms, des neuen Parteiprogramms (mit Erläuterungen) und die Adressen der Bezirksorganisationen und Parteisektionen zusammenstellen. Das Büchlein kann guter Aufnahme überall gewiss sein.

Die Centralstelle für die arbeitende Jugend hat Musterentwürfe für illustrierte Zeitschriften und drei Flugblätter ausgearbeitet, die die Eltern auf die Wichtigkeit der proletarischen Jugendorganisation hinweisen. Auch diese beiden Gaben werden freudig aufgenommen werden.

Was muß der Arbeiter von der Krankenversicherung wissen? Unter diesem Titel ist im Verlag der Buchhandlung Volkswacht in Frankfurt a. M. eine kleine Schrift von dem Arbeiterführer Eduard Graf erschienen, die für 10 Pfennig in allen Buchhandlungen zu haben ist und den Zweck verfolgt, in gedrängter Fassung (auf 16 Seiten) allen Interessierten das Wesentlichste vom Versicherungsgesetze, dem Kreis der Versicherungspflichtigen, den Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den Vertragsbedingungen, Strafmaßnahmen der Krankenkassen usw. zu erklären. Besonders instruktiv sind für die Arbeiterklasse die Abhandlungen über die vom Gesetz vorgeschriebenen 'Anzeigepflichten' und 'Weisungen', die Erhaltung der Krankenversicherung gegen die Krankenkassen, die Einrichtung und Abhaltung der Kassen, die Aufsichtsbekörden und die Schaffung der Krankenkassen. In dem Schlusskapitel wird auch mehrmals darauf hingewiesen, wie wichtig für die Arbeiterklasse die Erhaltung des Selbstverwaltungswortrechts ist und wie dringend notwendig es wäre, welche Rechte der Lohnarbeiter, denen in der Schule auch nicht das geringste von der Krankenversicherung abzuwehren würde, mit dem alten Gesetz und auch mit dem Entwurf der neuen Reichsversicherungsordnung bekannt zu machen. - Von demselben Verleger ist auch eine Schrift im selben Umfang und zum selben Preise erschienen: Was muß der Arbeiter von der Unfallversicherung wissen? Auch dieses Schriftchen zeichnet sich, ebenso wie das obgenannte,

dadurch vor ähnlichen 'Ratgebern' aus, daß es aus der Praxis für die Praxis geschrieben ist. Verfassungskämpfe und Verfassungskämpfe in Deutschland von Georg Bradauer (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68). Diese toten erschienenen Schrift soll die Staats- und Verfassungskämpfe des Deutschen Reiches zur allseitigen verständlichen Darstellung bringen. Die historischen Hintergründe dieser Kämpfe sind durch eine rationäre geistige und sollen der Verherrlichung dienen, was ist, dienen. Es fehlt bisher eine Darstellung des deutschen Verfassungswesens, die den demokratischen Bestrebungen gerecht wird und die Fortentwicklung der deutschen Staatseinstellungen in den Vordergrund rückt. Diese Lücke soll die Schrift ausfüllen. Preis geb. 3 Mark.

Stadt-Theater.

'Siegfried' von Richard Wagner. Der Mittwoch brachte eine der gelungensten Aufführungen dieses Musikdramas, die je über unsere Bühne gegangen sind. Jede Partie war mit einem geeigneten, gut disponierten Vertreter besetzt und den ganzen Abend hindurch war nirgends ein Nachlassen zu spüren. Was den guten Eindruck manchmal störte, war das Orchester (Kapellmeister Herr Brämer), das vielfach maßlos laut spielte. So war z. B. die Anrufung Erdas durch Wotan kaum zu verstehen. Neu für mich war die Teilnahme der Frau von Sgtrzenhelfin und der Walküren des H. Wolter. Die Vertreterin der Walküre verfiel über ein wunderbar schönes Organ, das auch in den höchsten Tönen anweilhaft anst und in auch als Erscheinung sehr vornehmlich. Ihre wunderbar gebildeten Reize machten nicht minder Eindruck als ihre Stimmkräfte. In dem Wotans Sopran ist für diese Partie nicht überaus gut immerhin bot sie eine ansprechende Leistung. Sozialistisch war wieder der Wotans des Herrn Peter, der seiner unermüdlichen Tätigkeit bei Herrn Troitzsch (am Schluß) das es mindestens ein halbes Dutzend hervorruft, sowie der Wotans des Herrn F. H. von ruhiger Vorherrschaft war die Erda des Herrn F. H. von volkreudem Jug-um ter Abgleich des Herrn Schaefer. Der Wotans des Herrn Peter ist für den 'Walden' etwas zu 'stark'.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die amtliche Veranschaulichung des Falles Bode. Der Herr Bode, der Direktor des Berliner Museums, um dessen Spitze wir uns wiederholt bekämpften, hat endlich einen sogenannten amtlichen Bericht erstatten lassen. Dieser Bericht enthält die Stellung des Professor Meißner, daß die Figuren nach der die alte

Photographie des Lucas aufgenommen ist, mit der Büste des Kaiser-Friedrich-Museums identisch sei. Damit ist die Haupthypothese des Herrn Bode erledigt. Außerdem ist die Mitteilung von belang, daß es einem Direktorialassistenten des Museums nicht gelungen sei, mit Lucas jun., dem Hauptzeugen gegen Bode, in Verbindung zu treten. Worum das liegt, wird zu untersuchen sein. Im übrigen sucht Herr Bode, der Urangabe des Herrn Bode, darzulegen, daß die chemische und röntgenologische Untersuchung nichts Entscheidendes ergeben habe. Ferner enthält der Bericht ein Protokoll der Sachverständigen-Kommission, worin sie sich mit dem Anlauf der Büste einverstanden erklärt und gleichzeitig Herrn Bode Vorwürfe auf Vorwurf bestätigt. Verschwiegen aber wird, auf Grund welcher Untersuchungen und Tatsachen die Kommission für ein Urteil geurteilt hat.

Das ist alles! Hierzu schreibt der 'Vorwärts': Wir meinen, Maß der hat ein schmerzlich angelegter und nach dem Urteil aller Unbeeinträchtigten überflüssiger Beamter, der 180.000 Mark für ein Nichts verschwendet hat, sich noch nicht verbietet. Herr Bode, der in der ausländischen Presse ganz die Manieren eines preussischen Staatsanwalts annehmen will in der Beurteilung der Sache (was kann auch sagen: Herr Bode), durch Abgabe von Informationen dem Richter Löffel, verfolgt völlig in der Verteidigung. Man beachte die Gründe: Seine Sache ist zu schlecht, um gegenüber den Zeugnissen und Tatsachen sich halten zu können.

Herr Bode und seine Gläubiger haben sich einander gegenüber die Augen geschlossen. Denn wenn seine Unrechtheit und Unmöglichkeit der Sache abstrakt, unterliegt dem Urteil undurchsehbaren Beamten, müßte gesprochen hat, hat die obige Meinung sich nicht zu finden. Es schäme sich die Herren.

Indes sie würden sich, so das preussische Kulturministerium die ihm übergebene Pflicht nicht erfüllt hat, die die im vorliegenden Untersuchung zu fassen, müßte sich den folgenden Umständen (abgesehen von Gutachten des Professor Meißner) für einen verunglückten Versuch erklären, die Wahrheit des Herrn Bode zu verschleiern.

haben, sondern am noch darüber hinaus zu arbeiten ein Recht aus, womit auch den Lehrlingen des Sattler- und Buchbinder-Verbandes auch die jugendlichen Hilfsarbeiter unter 17 Jahren dieser Abteilung betreten können. Sonntag, den 5. Dezember d. J., fand im Berliner Gewerkschaftshause eine gemeinschaftliche Konferenz des Ausschusses, Vorstandes und der Kasse statt, welche sich unter anderem mit dem Vorschlag des Vorstandes einig wurde, die Lehrlinge und jugendlichen Hilfsarbeiter in der Jugendabteilung aufzunehmen. Die Lehrlinge- und Jugendabteilung wird mit dem 1. März 1910 im Leben treten. Sie soll durch sachliche Auszubildung, wissenschaftliche Belehrung in Wort und Schrift und Wende der Gesellschaft ihren Mitgliedern in der geistigen und körperlichen Fortentwicklung befähigen. Außerdem soll bei eintretender Krankheit den Mitgliedern, sowie im Falle ihres Ablebens ihren Angehörigen, eine materielle Unterstützung zuteil werden.

Der wöchentliche Beitrag wurde auf 10 Pf. normiert. Hat der Lehrling seine Beibring beendet, oder hat der jugendliche Hilfsarbeiter das 16. Lebensjahr überschritten, so erlischt dessen Mitgliedschaft in der Jugendabteilung und die des Verbandes befristet. Die bisher geleisteten Beiträge werden beim Austritt in Verbandsbeiträge umgerechnet. Die wöchentliche Krankenunterstützung beträgt 3 Mark und kommt im Falle der Krankheit, bei mindestens 2wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung auf die Dauer von 10 Wochen, bei mindestens 2wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung auf die Dauer von 20 Wochen zur Auszahlung. Im Falle des Ablebens eines jugendlichen Mitgliedes wird ein Sterbegeld von 15 Mk. nach 2wöchiger, von 25 Mark nach 2wöchiger Beitragsleistung an die Angehörigen des Verstorbenen gezahlt. Nach beendeter Beibring, bezw. nach vollendetem 16. Lebensjahre des jugendlichen Hilfsarbeiters, kann das Mitglied, sobald es mindestens 53 Beiträge geleistet hat, eine Rente- und Arbeitslosen-Unterstützung bis zu 24 Mark erhalten. Entsprechen die geleisteten Beiträge in der Jugend- und Lehrlings-Abteilung und die des Verbandes einem Jahresbeitrage des Verbandes, so treten dessen statutarische Bestimmungen in Kraft. Außer diesen Unterhaltungen erhalten die Jugendlichen das achtjährig erscheinende

Verbandsorgan und das alle 14 Tage erscheinende „Arbeiter-Jugend“ gratis verabschiedet.

Die in immer größerem Umfange geübte Praxis der Neu-erwerbungen von Jugendabteilungen der Gewerkschaften macht es notwendig, die Tätigkeit der von Partei und Gewerkschaft gemeinsam geschaffenen Jugendabteilungen zu fördern. Zum mindesten werden Geld und Zeit für einen Zweck von zwei verschiedenen Stellen aus bereit.

Briefkasten.

- A. Sp. S. Das Mädchen braucht den Dienst nicht anzutreten, da sich ja die „Gewerkschaft“ selbst damit einverstanden erklärt hat.
- X. Anfragen ohne genaue Namensunterchrift und Wohnungsangabe beantwortet wir nicht.
- A. J. Bewaldstraße. Sie müssen weiter zahlen, sonst werden Sie verhaftet, verurteilt und ausbezahlt.
- W. M. Gorkhstraße. 1. Die Kosten der Reparatur des Klosets sind von den Mietern nur dann zu tragen, wenn sie den Schaden verschuldet haben. 2. Verlangen Sie vom Ihren neuen Schlichter.
- M. W. B. Die Wirtin hat das Recht, vom 1. April 1910 an mehr Miete zu verlangen. Wenn Sie damit nicht einverstanden sind, müssen Sie Anfang Januar 1910 kündigen und am 1. April ausziehen.
- 100 J. S. 1. Das Mädchen kann nach der Gefinbeordnung (§§ 137, 140) den Dienst sofort verlassen, wenn es nicht die notwendige Kost bekommt und mit ausdauernder und ungenügender Härte behandelt wird. 2. Wegen Geschäftsführung kann Ihre Frau nicht verklagt werden.
- S. Schweidnitz. Breslau hat eine halbe Million Einwohner.
- Schmiede bei Hofmann. Einfindungen ohne Namensunterchrift wandern stets in den Papierkorb.
- G. D. Ihre Anfrage erledigt sich durch das an anderer Stelle der heutigen Nummer abgedruckte Verzeichnis guter Bücher. Fast

221. Königl. Preuss. Klassenlotterie.

6. Klasse 26. Ziehungstag, 7. Dezember 1000. Vormittag.

Nur die Gewinne über 240 Mk. sind in Klammern beige (Ohne Gewähr. K. S. u. f. S.) (Nachdruck verboten.)

89 178 369 426 (500) 671 778 900 83 (5000) 66 1082 321 66	478 516 528 996 83 54 2104 99 498 3193 422 759 (500) 836	1000 832 65 63 111 83 228 58 998 11000 416 582 835 876	5377 544 78 (500) 707 96 61 9 519 1000 872 909	7092 96 125 411 8012 232 68 619 610 479 914 617	786 (1000) 956 (1000)
10693 11778 84 919 462 582 83 668 780 887 902 12748	70 563 86 13117 74 313 438 669 769 895 (1000) 14707 137 279	79 585 990 (1000) 15784 16584 283 307 612 76 736 (3000)	355 820 59 17429 210 26 682 18427 61 697 655 19284 85	870 873 706 (1000) 823 999	
30079 (1000) 104 63 374 436 62 602 61 77 69 619 (1000)	673 94 2104 75 (500) 633 932 22030 56 133 72 (3000) 331 (500)	17 410 57 57 735 967 2442 643 999 28654 125 86 207	17 342 62 78 45 (500) 28015 262 38 33 48 530 834 968	2727 344 78 571 650 74 631 78 28097 207 64 71 378 634	784 98 (1000) 23132 (1000) 414 67 (1000) 636 98 732 (500)
30519 786 3154 (500) 619 725 904 83 23039 252 (1000)	322 638 23094 141 61 55 555 750 822 34025 124 232 (500)	23 470 256 768 812 915 63 35037 762 804 945 38018 132	23 470 256 768 812 915 63 35037 762 804 945 38018 132	23 470 256 768 812 915 63 35037 762 804 945 38018 132	23 470 256 768 812 915 63 35037 762 804 945 38018 132

221. Königl. Preuss. Klassenlotterie.

6. Klasse 26. Ziehungstag, 7. Dezember 1000. Nachmittag.

Nur die Gewinne über 240 Mk. sind in Klammern beige (Ohne Gewähr. K. S. u. f. S.) (Nachdruck verboten.)

22 107 299 350 (500) 692 700 1011 74 77 127 288 331 687	2003 8 76 294 541 803 922 3161 244 89 444 810 886	3000 83 4813 415 471 622 877 907 3001 69 312 67 647	812 7066 692 85 806 8039 274 811 623 723 9088 498 677	840 948	
10529 788 81 678 1107 277 (3000) 954 630 12244 48 469	69 78 628 95 737 018 37 45 12337 676 738 833 973 14028 67	338 649 755 950 16379 48 69 610 18111 253 81 82 82	428 715 892 17053 131 422 746 900 18045 46 108 64 (500)	393 8 40 678 80 629 734 38 71 94 984 19234 30 88 431 690	(3000) 630 37
20102 106 500 (500) 94 239 448 44 680 662 63 717 832 975 96	(3000) 21959 172 806 623 78 (500) 751 859 22081 286 323	(3000) 769 25 23636 358 768 666 656 24110 814 931 68 881	88 845 61 26054 128 (500) 371 (1000) 97 439 729 (500)	925 (1000) 27024 81 87 822 83 98 1422 616 94 883 948 984	22055 250 329 618 95 629 74 89 (1000) 21822 216 93 460

Bilder

in allen Größen und Ausführungen, gerahmt, empfindlich in großer Anzahl. Besondere Aufmerksamkeit auf Bilder-Gewinnungen. 1884/5

Paul Gorstelle, Steinhilber, Rathh. Nr. 21.

Krinke & Co.

Breslau, Neue Graupenstrasse 7.

Billigste Bezugsquelle für gebogene Möbel

Spezialität: Restaurations- und Saal-Stühle.

Preis-Listen gratis und franko.

Umsonst!

erhalten Sie einen erstklassigen Sprechapparat bei Abonnement auf die weltbekannteste Zeitschrift.

Deutsche Schallplatten-Gesellschaft Breslau
G. m. b. H., Gartenstr. 55.
Filiale: Rensestr. 63. - Tel. 584.

Verlangen Sie Katalog.
Bitte um kostenlose Vorführung

Name: _____
Zeit: _____
Wohnung: _____

Die Gleichheit

(Frauenzeitung)

Alle 14 Tage erscheinend, Seit 10 Jahren.

Knorr's

Hafersflocken

Leichtverdaulich, nahrhaft, bekömmlich.

Knorr's

Suppenwürstchen

fix und fertig - 3 Teiler 10 Pfg.

Jeder Paket enthält 1 Dutzend. Jeder Umschlag gilt als Gutschein.

Wer sich selbst rasirt - Viel Geld profitiert!

Achtung! 1.000.000

junger Mann und Mann
gibt es, die
sich gerne
selbstrasieren
möchten, um
jeder Gefahr wegen Vermeidung von Hautkrankheiten aus dem Wege zu
gehen. Wir haben uns deshalb entschlossen, um das Selbstrasieren allgemein
zu machen, in den nächsten 3 Monaten mehrere 1000 Selbstrasiermesser
zu verschenken. Diese messerartigen Rasiermesser sind aus 2000 per
das Betragen sind 20 Pfg. für die Post zu versenden. (Bei Vorauszahlung
des Messers ist ein Selbstrasiermesser beizugeben, die ein Scheitern unmöglich
macht, nur garantieren für 3 Jahre Selbstrasierfähigkeit und nehmen jedes Messer,
das nicht gefällt, nach 3 Tagen zurück. - Selbstrasiermesser
No. 2, ein Eigelb, fein poliert, mit Silberblech-Rasiermesser, Platin, Kupfer,
Silber und Streifen, präzisions 5/8 Zoll, Porto gratis.
Kaupt-Katalog mit ca. 4000 Gegenständen über Solinger Stahlwaren, Haus- und
Küchengeräte, Gold-, Silber- und Feberwaren, Uhren, Pfeifen, Musikinstrumente,
Spielwaren etc. gratis und franko an Jedermann.

Marcus & Hammerstahl-Wald-Solingen

Für Weihnachten empfehlen wir ein geschäftiges Sortiment „Glas-Christbaumsternchen“ für nur 5 Mk. 3 Sortimente für 14.- Mk. Für wirklich schöne Sachen! Eine herrliche Dekoration des Weihnachtsbaums wie wir sie am effektivsten Glasbaum gibt es nicht! - Christbaumsternchen, silberne gearbeitet, höchste Klasse des Weihnachtsbaums 1.50 Mk., mit Stange 1.75 Mk., 3. Serie 4 Mk. resp. 5 Mk.